

# Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 26. Juni 1897.

Inserate die dreigespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 J  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Herr Viktor Schweinburg und die Gewerkschaftsbewegung. — Abwehr von Streiks durch die Arbeitgeber. — Die Reaktion an der Arbeit. — Auf der Landstraße. — Feuilleton: Kohle und Eisen. — Zur Ausperrung in Dänemark. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Vermischtes. — Bitteraristisches.

## Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten: von Formern und Sieberei-  
arbeitern nach **Halk a. Rh.** (Stühlen), nach **München**,  
nach **Rosenheim**, nach **Stuttgart** (alle Betriebe); von  
Metallarbeitern nach **Forst St.**, nach **Nürnberg** (F.  
Brunner, Metallwaarengeschäft), **Schwabach** (Stahlfugel-  
fabrik); von Metallrüdern nach **Nürnberg** (Betrieb N  
der vereinigten Pinselfabriken); von Klempnern nach  
**Sielefeld St.**, nach **Frankfurt a. M. St.**, nach **Heidel-  
berg** L., **Helmsedt St.**, **Speyer** L.; von Fuß- und  
Wagenschmieden nach **Carlsruhe i. Bad.**, nach **Mann-  
heim**; von Schlossern und Maschinenbauern nach  
**Stuttgart** (alle Betriebe) D.; von Schleifern nach  
**Sielefeld** (Bär u. Kempel); von Feilenbauern nach  
**Velbert** L.; von Zinngießern nach **München**; von  
Metallarbeitern aller Branchen nach **Dänemark** u.  
(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, alle  
übrigen nur gesperrt; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.  
heißt: Lohnbewegung; M. heißt: Ausperrung; D. heißt  
Differenzen.)

## Herr Viktor Schweinburg und die Gewerkschaftsbewegung.

Während des nun verflohenen, aber die Deffentlich-  
keit noch lange durchzitternden Lauschkow-Pro-  
zesses, der neben reizenden Enthüllungen über das hoch-  
politische Thema: „Wie's gemacht wird“ oder „Ein  
Blick hinter die Coulissen“ auch sonst allerlei Amüsantes  
gebracht hat, sind auch einige Schlaglichter auf das  
Verhältnis einer gewissen Presse zum Unternehmert-  
thum gefallen.

Mehrfach ist der Name Schweinburg genannt  
worden. Wer ist Herr Schweinburg? Herr Viktor  
Schweinburg ist ein galizischer Jude, mit all' den für  
anständige Menschen so unangenehmen, für ein profit-  
lusternes Unternehmertum aber um so angenehmeren  
Eigenschaften jenes galizischen Parasitentums aus-  
gestattet, welches nicht bloß das österreichische Geschäfts-  
leben so total vergiftet hat, daß das Rueger'sche Anti-  
semitengefindele eine dominierende politische Stellung in  
Wien erreichen konnte, sondern auch durch das Ein-  
bringen seiner besonders begabten Exemplare in die  
Journalistik einen solchen Einfluß auf die Presse  
unseres östlichen Nachbarstaates gewonnen hat, daß in  
derselben, mit wenigen Ausnahmen, eine Korruption  
entstand, wie sie kaum in einem zweiten Staat der  
Welt vorhanden ist.

Es ist uns nicht genau bekannt, ob Herr Schwein-  
burg als direkter Schnorrer oder als Hausfuxer nach  
Deutschland gekommen ist. Heute hat er einen Engros-  
handel in politischen Nachrichten und sozialistenvernich-  
tenden Zeitungsartikeln, unterhält Fühlung mit einer  
ganzen Anzahl von königlich preussischen und Reichs-  
behörden und ist mit Firmum angestelltes Oberreptil des  
Zentralverbandes deutscher Industrieller.

Während des oben erwähnten Prozesses ist gericht-  
lich festgestellt, daß Herr Schweinburg von diesem  
Millionäre-Verband monatlich 1000 M., also jährlich  
die „Kleinigkeit“ von 12000 M. bezieht, wofür er  
nichts weiter als Gegenleistung zu bieten hat, als in  
einem der von ihm herausgegebenen Waschzettel für die  
Probingpresse, die „nur mit der Schere arbeiten“, in  
der „Neuen Reichskorrespondenz“, wöchentlich zweimal  
je einen Artikel gegen die Sozialdemokratie, richtiger  
ansgedrückt gegen die deutsche Arbeiterbewegung  
zu bringen!

Seitdem der Preis bekannt geworden ist, um den  
die Herren Großindustriellen sich den strebsamen gal-  
zischen Nachrichtenhändler angekauft haben, muß man

das Blättchen des Herrn Schweinburg etwas näher  
ansehen, um zu ergründen, für was für Waare  
eigentlich die Stumm und Bued und Konsorten ihr  
schweres Geld ausgeben. Aus den besichtigten Num-  
mern hat sich nun ergeben, daß in denselben gegen die  
Sozialdemokratie, gegen die politische Organisation der  
Arbeiterklasse außer den landläufigen blödesten  
Schimpfereien und den üblichen Denunziationen  
so gut wie nichts enthalten ist; wohl aus dem guten  
Grunde, weil Beitelleben, vulgo Viktor, eben nicht im  
Stande ist, genügend tief zu blicken, um die Gesamt-  
bedeutung des Sozialismus und der Sozialdemokratie  
zu erfassen. Dagegen hat sich herausgestellt, daß er  
ein besonderes Talent besitzt, die Gewerkschafts-  
bewegung in der niedrigsten Weise zu denunzieren und  
sie so darzustellen, wie die Großunternehmer es wünschen,  
um hohe und höchste Kreise gegen sie „scharf zu  
machen“.

Diese Thätigkeit ist uns um so mehr aufgefallen,  
als wir uns sehr gut erinnern, daß es eine Zeit ge-  
geben hat, wo der Schweinburg auch „anders konnte“.

Anfang der Achtziger Jahre erschien in Berlin,  
wenn auch nur auf kurze Zeit, ein „Arbeiterblatt“,  
welches der „Volksfreund“ benannt war. Herausgeber  
jenes Blattes war auch Herr Viktor Schweinburg,  
wenn er den Verlag auch nicht mit seinem Namen  
bedeckte. Die Mittel für das Blatt flossen aus der Tasche  
des „großen Unbekannten“, hinter welchem einige Leute  
den damaligen Reichskanzler mit dem Welfensfonds,  
Andere den Spießknäbeler Puttkamer mit den ihm  
zu besonderen Zwecken bewilligten „geheimen Fonds“  
des preussischen Innern vermuteten. Sicher ist, daß der  
Schweinburg wiederum der Beauftragte irgend eines  
„Uebermenschen“ war und daß mit dem Gelde für das  
„Arbeiterblatt“ nicht gekaufert wurde, daß vielmehr  
bei den Kneipereien, welche Viktor ab und zu mit Ar-  
beitern, die mit Herstellung des Blattes beschäftigt waren  
und mit einigen Leuten, die unter dem Sozialistengesetz  
gesichert sein wollten, veranstaltete, es auch auf diverse  
„Nullen Sekl“ nicht ankam. In diesem Blatte nun,  
welches erst durch das Erscheinen des „Berliner Volks-  
blatt“ verdrängt wurde — man sagte sich in den Kreisen  
der Macher wohl, daß ein Blatt, welches so gut  
wie gar keine Abonnenten behalten hatte, doch nicht  
werth sei, gehalten zu werden — wurde mit besonderer  
Barbarie die „lokale“ Gewerkschaftsbewegung gegen die  
politischen Bestrebungen der Arbeiter, die „Arbeiterpartei“  
gegen die „revolutionäre Sozialdemokratie“ ausgespielt  
und den politischen und wirtschaftlichen Gewalthabern  
zu Gemüthe zu führen gesucht — oder wenigstens so  
gethan —, daß die Lohn- und sonstige gewerkschaft-  
liche Bewegung der Arbeiter nicht unterdrückt werden  
dürfte, da solche Arbeiter, welche unter den heutigen  
Produktionsverhältnissen eine angenehme Lebenshaltung  
haben, viel leichter der Sozialdemokratie abspenstig ge-  
macht werden könnten, als solche, die einen verzweifeltsten  
Kampf um das Allernothigste zu führen haben.

Heute wüthet derselbe „Schriftsteller“ gegen die  
Gewerkschaften mittelst Lüge und Denunziation, aller-  
dings für 12000 M. jährlich.

Man lese den nachstehenden Artikel aus der neuesten  
Nummer (44) der schweinburgischen „Neuen Reichs-  
korrespondenz“, der unter dem Titel: „Die sozial-  
demokratische Gewerkschaftskampagne“ die  
Munde durch die Unternehmerorgane und die Kreis-  
blätter macht. Derselbe lautet:

„So lange eine sozialdemokratische Bewegung in  
Deutschland existirt, waren die gewerkschaftlichen Ver-  
einigungen ihr bevorzugtester Zummelplatz.  
Denn diese boten das sicherste und nuberfänglichste  
Mittel, den Arbeitern auch agitatorisch beizukommen  
und sie für die Bestrebungen der politischen Partei  
einzufangen. Deshalb legten und legen die Führer der  
Sozialdemokratie, und von ihrem Standpunkt aus

sicherlich mit triftigstem Grunde, das größte Gewicht  
darauf, daß zwischen der politischen und gewerkschaft-  
lichen Aktion der hinter dem sozialdemokratischen Banner  
einhermarschirenden „Arbeiterbataillone“ stets eine mög-  
lich enge Fühlung herrsche, und wenn in den Gewerk-  
schaften eine außergewöhnliche Müßigkeit wahrnehmbar  
wird, so unterlegt es für den Kenner der Verhältnisse  
keinem Zweifel, daß ein politischer Aufschlag im Werke  
ist. So war es im Jahre 1872 nach dem Rücktritte  
des Dr. von Schweiger vom Präsidium des Allgem.  
Deutschen Arbeitervereins, so ist es heute. Die Ge-  
werkschaften, namentlich die Bauarbeiter, wurden damals  
zu politischen Wahlkampforganisationen gedrückt, und die  
damaligen umfassenden Streiks der Berliner Bauarbeiter  
wurden, obwohl die Sozialdemokratie öffentlich sich  
stellte, als rieche sie von Lohnkämpfen ab, thatsächlich  
zu ebenso vielen Pflanzschulen der Reichstagswahlpropa-  
ganda. Aus der sozialdemokratischen Einverzierung der  
Gewerkschaften gingen im Laufe der Jahre die Kern-  
truppen der Partei hervor, welche dem seinerzeit all-  
mächtigen Freisinn dermaßen zusetzten, daß er heutigen  
Tages als ausschlaggebender Faktor in Berlin gänzlich  
von der Bildfläche des allgemeinen Stimmrechts ver-  
schwunden ist und in der Provinz nur noch soweit mit-  
spricht, als ihm dies seitens der sozialdemokratischen  
Parteileitung in Gnaden gewährt wird.

„Wenn wir nun heute sehen, wie in den Streifen der  
Berliner Bauhandwerkerorganisationen die Streikhegerei  
immer mehr an Terrain gewinnt und die Leute, welche  
bei relativ höchsten Löhnen sich der geringsten  
Arbeitszeit erfreuen, mit aller Gewalt in Lohn-  
kämpfe förmlich hineinkommandirt werden, so liegt doch  
die Frage nahe, in wessen Interesse dies geschieht.  
Und da kann die Antwort nur dahin ausfallen, daß  
hinter den Streikhegereien Bestrebungen politi-  
scher Art sich verbergen, welche durch den Um-  
stand zur Genüge bezeugt erscheinen, daß im nächsten  
Frühjahr die allgemeinen Reichstagswahlen bevorstehen  
und die sozialdemokratische Parteiführung sich im Hin-  
blick auf den kommenden Wahlkampf mit den kühnsten  
Hoffnungen trägt. Wenn nicht alle Anzeichen trügen,  
so soll nächstes Jahr tambour battant auf der ganzen  
sozialdemokratischen Front gegen die Stellungen des  
Staates und der Gesellschaft Sturm gelaufen werden.  
Vorher aber empfiehlt es sich, Mandate abzuhalten und  
die stellenweise etwas locher gewordene Fühlung zwischen  
gewerkschaftlicher und politischer Organisation wieder so  
eng als irgend möglich zu gestalten. Die Schulter  
an Schulter in den Kampf zur „Mürbemachung“ des  
Kapitals und der Kapitalisten gezogenen Arbeiter-  
bataillone bringen, gleichviel, welcher Ausgang ihren  
Streiks beschieden sein mag, eine ganz andere Leistungs-  
fähigkeit zum Kampfe um die Reichstagsmandate mit,  
als Leute, die im geruchamen Genuß der Früchte ihrer  
Arbeit die Lust, den Geschmack am Kämpfen zum Theil,  
wo nicht ganz eingebüßt haben. Wie der Hamburger  
Hafenarbeiterstreik, trotz seines für die Streikenden ver-  
derblichen Ausgangs, von den in Berlin sitzenden  
Führern der Partei keineswegs bedauert wird, so wür-  
den diese auch eventuellen Streikniederlagen in Berlin  
eine für ihre Sache günstige Seite abzugewinnen wissen.  
Die Hauptsache ist, daß überhaupt gestreift wird. Denn  
jeder Streik setzt Imponderabilien in Bewegung, die  
von der Sozialdemokratie wahlagitorisch verwertet  
werden können. Hieraus folgt für die Arbeitgeber und  
für die behördlichen Kreise, daß sie mit Einsetzung ihrer  
ganzen Autorität und Energie dafür zu sorgen haben,  
daß nicht arbeitswillige und arbeitsfähige Elemente  
durch die sozialdemokratischen Emmissionäre in gesetzlich  
unzulässiger Weise terrorisirt werden. Das Koali-  
tionsrecht der Arbeiter darf von den Genossen  
nicht dahin gemißbraucht werden, daß sie die  
Arbeitsfreiheit eskamotiren. Wie bei allen sozial-  
demokratischen Manövern, so sieht auch hier die Macht

frage im Vordergrund. Würde die Entscheidung im Sinne der Streikheker fallen, so wäre damit auch eine gar nicht hoch genug zu schätzende Anwartschaft auf nächstjährige Wahlstige gegeben. Darum ist es Pflicht der Arbeitgeber, der Nachfrage nicht aus dem Wege zu gehen, und der Behörden, in der Streikampagne den Versuchen, arbeitswillige Elemente zu vergewaltigen, mit Nachdruck zu begegnen."

"Arbeitswillige" ist ein beliebter Ausdruck für Streikbrecher geworden. Wir brauchen darüber kein Wort weiter zu verlieren. Das ganze, ergemeine Nachwort stellt sich, ganz abgesehen von der verkehrten Denunziation, daß die gewerkschaftlichen Bewegungen der Arbeiter lediglich auf Kommando der sozialdemokratischen Partei inszeniert würden, als eine neue Hezerei dar, das Vischen Koalitionsrecht, das noch vorhanden ist, durch drakonische Urtheile gegen Alle, welche Streikbrecher nicht zu streicheln pflegen, vollends zu konfiszieren, während in einer weiteren Notiz derselben Nummer ein Bescheid des Herrn v. Bötticher, durch welchen das System der schwarzen Listen oberstbehördliche Sanktion erhält, eifrig belobt wird. Derselbe lautet:

"Einen für die Abwehr von Streiks durch die Arbeitgeber außerordentlich wichtigen Bescheid hat der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister vom Reichsamt des Innern erhalten. Es handelte sich um Entscheidung der vom genannten Verbande angeregten Frage, ob es nach Lage der Gesetzgebung zulässig sei, von den Angehörigen der Verbands-Innungen zu verlangen, daß sie keine Gesellen aus Orten, in denen Streiks ausgebrochen sind, in Arbeit nehmen. Daraufhin wurde dem Beisenden anheimgestellt, zum Zwecke persönlicher Erörterung der angeregten Frage einen Vertreter nach dem Reichsamt des Innern zu entsenden, und erhielt der Delegierte des Verbandes, der Landtagsabg. Baumeister Felisch, bei seinem Erscheinen im Reichsamt des Innern die Auskunft, daß der § 104a der Reichsgewerbeordnung dem Reichskanzler keine Veranlassung geben wird, gegen einen Beschluß des Innungsverbandes in der vorbezeichneten Richtung einzuschreiten. Auf Grund dieses Bescheides, der den Unternehmern eine bedeutende Handhabe zur Bekämpfung von Arbeiterausständen bietet, wird nun dem Vernehmen nach dem nächsten Verbandstag ein Antrag auf NichtEinstellung von Gesellen aus Streikorten vorgelegt werden."

Die beiden von uns reproduzierten Artikel des Schweinburgblattes sind von hoher Wichtigkeit für die deutsche Arbeiterklasse. Einmal ist aus ihnen zu ersehen, wie die "Koalitionsfreiheit" aussieht, die man den Arbeitern seitens der Behörden zu lassen gedenkt und was auf der anderen Seite den Unternehmern gestattet und eifrig angerathen wird; zum andernmal können unsere Genossen daraus lernen, was sich's die Ausbeuter kosten lassen, Gehärdel gegen die Arbeiter in die Presse zu bringen. Schweinburg denunziert die Arbeiter, welche "bei relativ höchsten Löhnen sich der geringsten Arbeitszeit erfreuen", als diejenigen, die mit aller Gewalt sich in die Lohnkämpfe "hineinzuwageln" lassen. Er hat damit in erster Linie die Berliner Bauhandwerker im Auge. Nun, dieselben haben bei der Höchstzahl von Arbeitstagen, die ihnen die Witterung gestattet und die man wohl nicht höher als auf 250 im Jahre anzulagen darf, und bei einem

Durchschnittslohn von 5 Mk für 10stündige Arbeitszeit 1250 Mk pro Jahr.

Herr Schweinburg dagegen erhält allein für seine den Industriellen geleistete Arbeit — er hat auch noch andere sehr gut bezahlte Korrespondenzen — pro Nummer, zu deren Fertigstellung er durchschnittlich wohl kaum 2 Stunden benötigen wird, 115 Mk 40 S (wöchentlich 2 Nummern = 104 pro Jahr; 12 000 Mk getheilt durch 104 = 115 Mk 40 S), d. h. 57 Mk 70 S pro Arbeitsstunde!

Es ist erklärlich, daß dieser "Herr" bei solchem Lohn und denkbar kürzester Arbeitszeit sich nicht an Streiks zu betheiligen braucht. Um so schmerzlicher ist sein Geschrei gegen die Arbeiter, denn er könnte bei anständiger journalistischer Arbeit auch noch anständiges Geld verdienen.

### „Abwehr von Streiks durch die Arbeitgeber.“

Zu dem Waschzettel, der unter diesem Titel die Kunde durch die Presse machte, und den wir auch im vorstehenden Leitartikel reproduzieren, macht die „Frankfurter Volksstimme“ die nachstehenden zutreffenden Ausführungen:

Schon an der umständlichen Behandlung dieser Sache durch die Zünftler vom Baugewerbe und das Reichsamt des Innern sieht man, was die Herren für ein schlechtes Gewissen haben. Soust hätten sie sich schneller schlüssig gemacht und sonst hätte der Reichskanzler den Unternehmern etwas Schriftliches in die Hand gegeben. Gewiß — gegen den Buchstaben des Gesetzes verstößt die Zünftlerorganisation für Massen-Aussperrungen nicht. § 104a der Gewerbeordnung sagt bloß, daß Innungen, die nicht derselben Aufsichtsbehörde unterstehen, „zur gemeinsamen Verfolgung ihrer Aufgaben, sowie zur Pflege gemeinsamer gewerblicher Interessen“ zusammentreten können. Und wer wollte leugnen, daß alle Zünftler das dringendste „gemeinsame Interesse“ daran haben, jede freie Bewegung der Arbeiter, jeden Kampf um bessere Arbeitsbedingungen zu ersticken und niederzuknappen.

Nach § 152 sind ja auch alle Strafbestimmungen gegen Koalitionen der Prinzipale und Arbeiter aufgehoben und nur in § 153 befindet sich noch die ominöse Bestimmung, daß Niemand durch „Drohung“ oder „Berufserklärung“ bestimmt werden darf, an Koalitionen Theil zu nehmen. Die Absicht der Herren, „von den Angehörigen der Verbandsinnungen zu verlangen“, daß sie keine Gesellen aus Streikorten einstellen, könnte je nachdem einer Berufserklärung sehr nahe kommen. Denn dem „Verlangen“ wird doch jedenfalls durch irgend eine „Androhung“ Nachdruck verliehen werden und darüber schweigt sich gerade die Mittheilung, schweigt sich auch die Auskunft des Reichskanzlers aus.

Aber gleichgültig, wie die Sache im Einzelnen liegt, sie bleibt für unseren Klassenstaat hoch bezeichnend. In Preußen soll jetzt nach der Absicht der Regierung die Aufhebung des Verbots der Verbindung „politischer“ Vereine durch eine kleine Umsturzvorlage und einen Beschluß gegen die Gewerkschaften erkannt werden — und hier kommt der Reichskanzler den Prinzipalen so weit in der Auslegung der liberalen Gewerbeordnung entgegen. In Sachsen, in Hannover, überall werden die Gewerkschaften bereits unter den bestehenden Gesetzen bis auf's Blut drangalirt — und hier werden die Unternehmerkoalitionen gehätschelt. Die Gerichte ver-

### Die Entstehung der Kohle und des Eisens.

Die Steinkohle ist ein Produkt des Jahrausende langen Wirkens der Naturkräfte. Sie entstand durch Zersetzung organischer Stoffe, namentlich Pflanzen. Niedrig weile und große Wälder mußten untergehen, auf ihren Trümmern neue entstehen, und immer wieder untergehen. Erdhölzer mußten über die untergegangenen Wälder sich lagern, so daß Druck und Hitze unter der Erdoberfläche entstand, und erst durch Jahrtausend langes Wirken all' dieser Naturkräfte konnte die Steinkohle entstehen.

Die Braunkohle ist auf dieselbe Art entstanden, bedarf jedoch zu ihrer Bildung weniger langer Zeiträume. Man theilt die Entwicklung unseres Erdballes in vier Perioden ein, welche jede mehrere Hunderttausend Jahre umfassen. Der zweiten (Sekundär-) Periode gehören die Steinkohlen-, der dritten (Tertiär-) Periode die Braunkohlenbildungen an.

Es wie Stein- und Braunkohle ist auch das Eisen ein Naturprodukt. Unsere Erde war nicht immer ein fester Körper, wie wir ihn jetzt kennen, sondern bestand sich vor ungezählten Millionen Jahren im Zustande eines glühend flüssigen Feuerballes. Bei der allmählichen Erstarrung mußten sich die schwersten Stoffe, das sind die Metalle, nach unten senken, das

urtheilten in Bayern den Genossen Scherm als Reaktor der „Metallarbeiter-Zeitung“, weil er vor Zugang nach einem Streikort gewarnt hat — und hier sagt die oberste Reichsbehörde den Meistern des Baugewerkes, daß sie ihre Innungsmitglieder förmlich dazu verpflichten können, keinen Gesellen aus einem Streikort anzunehmen. Und gerade den Meistern des Baugewerkes, welche die Region von Todten und Schwerverletzten durch ihre elende Unfallverhütung auf dem Gewissen haben, wie ihnen die Schrift der Generalkommission „Mißstände im Baugewerbe“ nachweisen konnte. —

Organisiert nur unter dem Schutze des Klassenstaates die Unterdrückung der Arbeiter; macht es unmöglich, daß die Bauarbeiter, wie eben in Wiesbaden, durch die Abreise der jungen Kollegen in entfernte Arbeitsstellen die Prinzipale der Streikbrecher berauben und zu Verbesserungen zwingen! Ihr könnt erstens eure Innungen nicht besser kennzeichnen als Arbeiterzwangsanstalten, und Ihr könnt das zweierlei Recht auch auf gewerkschaftlichem Gebiete nicht besser verdeutlichen. Treffliche Unterwähler!

### Die Reaktion an der Arbeit.

Zu gleicher Zeit standen im Reichstage die neue Zunftvorlage und im preussischen Landtage die Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechts zur Verhandlung. Handelte es sich dort um die planmäßige Organisation, um die angeblich bessere Befähigung und Ausrustung des Handwerks für den Kampf um die wirtschaftliche Existenz, so hier um die Erschwerung und Verunmöglichung der Organisation der Arbeiter und des Kampfes um Verbesserung ihrer Existenz. Beide, Arbeiter und Handwerker, bilden in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Schwachen und wenn man dieser Eigenschaft wegen den Einen helfen will, sollte man es doch logischer Weise auch den Andern. Diese Andern sind aber überdies noch die Schwächern, da sie bereits eine Stufe unter dem Handwerksmeister stehen; abhängiger Lohnarbeiter kann der schlechtsturierte Gewerbetreibende jede Stunde werden, während es den Millionen von Lohnarbeitern nicht einmal möglich ist, ein wenn auch schlechtsturiertes Handwerksmeister zu werden. Die Hilfe des Staates sollte daher in erster Linie den Schwächeren zu Theil werden und zwar einmal in Gestalt der Hindernisbeseitigung aller gesetzlichen Hindernisse, welche den Kampf um Bessergestaltung ihrer Existenz hindern und erschweren und sodann in der positiven Schaffung gesetzlicher Einrichtungen zur Unterstützung und Förderung dieser Bestrebungen. Daß nun hieron das reine Gegentheil geschieht, zeigt uns wieder den kapitalistisch-junkerlichen Klassenstaat in seiner ganzen Ungerechtigkeit und Unfähigkeit, wozu die zunftfreundliche Demagogie bürgerlicher Parteien im Reichstage das wirkliche Seitenstück bildet.

Mit der Junkerei des reaktionären preussischen Vereinsgesetzes wollen wir uns hier nicht weiter beschäftigen, wohl aber mit der Zünftlerei. Bei schwacher Befähigung, die mehrere Male bis zur Beschlunsunfähigkeit gebrich, berieth der Reichstag über die Zunftvorlage, wie sie aus der Kommissionsberatung hervorgegangen, vom 19. bis 25. Mai und die kompakte Majorität stimmte ihr meistens zu. In dem ursprünglichen Verlep'schen Entwurf war, wie erinnerlich, für ca. 80 Berufsarten die Zwangsinnung vorgeschlagen; daneben sollten auch noch freie Innungen bestehen.

Erbinere bildend. Man hat genügend Anhaltspunkte dafür, daß das Erdinnere jetzt noch glüht. Diese glühenden Massen im Erdinnern durchdrachen aber so oft die erstarrte Kruste, daß eine regelmäßige Lagerung nicht möglich war. Die Thätigkeit der Vulkan legt Zeugniß dafür ab. Durch alle diese Vorgänge bei der Erdbildung haben sich Theile von allen Metallen, also auch vom Eisen, mehr oder weniger nahe der Erdoberfläche gelagert, namentlich in den Gebirgen bei deren Erhebung.

Es gehen mit diesen Vorgängen eine Reihe chemischer Prozesse gleichzeitig vor. Die Bestandtheile der Materie gehen im erhitzten und flüssigen Zustand leicht chemische Verbindungen ein und schreibt man daher nur einem Theil der Eisenerze mechanische Entstehung zu, d. h. man nimmt an, sie seien durch mechanisch wirkende Kräfte an die Erdoberfläche abgelagert worden. Einem anderen, geringeren Theil der Eisenerze schreibt man chemische Entstehung zu, d. h. Bildung durch chemische Prozesse, namentlich durch Zersetzung von kohlenstoffreichem Kalk.

### Das Vorkommen des Eisens und der Kohle.

Die geschilderte Entstehung der Kohle macht auch ihr Vorkommen erklärlich. Steinkohlen sind in allen fünf Welttheilen zu finden. Auf der nördlichen Halb-

### Kohle und Eisen.

Ohne Arbeit keine Kohle und kein Eisen, ohne Kohle und Eisen keine Kultur. In diesen wenigen Worten liegt die ganze Bedeutung des Gegenstandes, der hier behandelt werden soll. Die Darstellung der Umwälzungen in der Produktion der Kohle und des Eisens ist ein Abriß der Geschichte der Arbeit. Sie zeigt den Werth der Arbeit und die Vertheilung ihrer Früchte. Das aus Thatsachen geschöpfte Material läßt Schlüsse zu auf den internationalen Zusammenhang der Produktion, der Arbeit und der Kultur, auf deren hentlichen Stand und ihr Fortschreiten. Es zeigt uns den Einfluß der Form unserer Produktion auf den Kulturfortschritt. Das ganze Wesen der Produktion muß in dieser Darstellung erscheinen.

Das sind Sachen, die jeder Arbeiter wissen sollte, deren Kenntniß Gemeingut des Volkes sein müßte, und doch sind gerade hier die größten Lücken. Zum Verständniß des Gegenstandes ist freilich etwas mehr Anwesenheit als zum Lesen eines Romans erforderlich, und die freie Zeit des Arbeiters ist knapp bemessen. Je weniger freie Zeit aber, um so besser muß sie ausgenutzt werden.

Auf der Innung sollten sich die Handwerksausschüsse und auf diesen als Krone des Gebäudes die Handwerkskammern aufbauen. Diese Vorschläge stießen aber bei den nichtzünftlerischen Handwerkern — und sie machen 90 Prozent des gesamten Handwerks aus — ob sie in den freien Gewerbevereinen organisiert oder gewerblich nicht organisiert waren, bei den industriellen Verbänden, bei den Handelskammern und selbstverständlich auch bei den Arbeitern auf energischen Widerstand, aber auch bei den Zünftlern selbst, weil nicht alle Wünsche ihres zünftlerischen Speisjetzels erfüllt waren. Die nichtzünftlerischen Gegner wehrten sich in der Presse, in ihren Vereinen, Versammlungen und Verbandsstagen ganz entschieden gegen die durch die Zwangsangehörigkeit angebrochte Vergewaltigung und wiesen dabei auf die Unzweckmäßigkeit und Ueberflüssigkeit derselben, sowie auf die tiefe Abneigung der 90 Prozent Handwerker dagegen und endlich auf die völlige Unfruchtbarkeit der bisherigen deutschen Innungsbewegung hin. Am kräftigsten war wohl diese Gegenbewegung in Süddeutschland und Elsaß-Lothringen. Zwischen mußte, da die vielgerühmte deutsche Sozialreform auf dem letzten Punkte angelangt war, der Handelsminister v. Berlepsch sein Amt niederlegen und einem anderen Bureaucraten, Herrn Brefeld, Platz machen, der die Vorlage umänderte und nach beiden Fronten Konzessionen machte. Einmal eliminierte er die Zwangsinnung und bewies damit den Gegnern sein Entgegenkommen und sodann beseitigte er die Handwerksausschüsse, womit er den Zünftlern eine Freude bereitete, welche freilich durch die Ausmerzungen der Zwangsinnung auf den Tiefstand kalter Gefühle herabgedrückt wurde. Der Reichstag verwies die neue Vorlage an eine Kommission, welche daran abermals einige Verschlechterungen vornahm und am 19. Mai begann hierüber das Plenum die Beratung.

Die Konservativen, Ultramontanen, Nationalliberalen und Antisemiten bildeten die kompakte Zünftlermajorität, die sich fast durchwegs an die Kommissionsvorlage hielt und alle wichtigeren Anträge der Linken ablehnte. Bei Beginn der Beratungen stellte der Konservative v. Bieder den Antrag auf Wiedereinführung der obligatorischen Zwangsinnung und empfahl dessen Annahme namentlich in Rücksicht auf den „Umsturz“. Man ersieht hieraus, zu was allem die Zwangsinnung dienen sollte und wie die Konservativen — die Junker — immer nur an den Umsturz der Volksrechte und politischen Freiheit, immer nur an die Bekämpfung der Sozialdemokratie denken. Es wäre bei dieser Geistes- und Gemüthsverfassung der Junker nicht sonderlich überraschend, wenn eines schönen Tages aus Berlin gemeldet würde, man habe die Hälfte der ostelbischen und andern Zucker- und Schnapsjunker, Oefengrafen zc. wegen Verrücktheit ins Irrenhaus thun müssen, da bei ihnen der „Umsturz“ sich zur fixen Idee ausgewachsen hat. Man sollte die immerwährende Junkerhege gegen den Umsturz nicht nur politisch, sondern auch pathologisch betrachten.

Der Handelsminister Brefeld bekämpfte den Bieder'schen Antrag aus verschiedenen Gründen, u. A. auch deshalb, weil der Bundesrath keine Innung gegen den Willen der Mehrheit der Handwerker entstehen lassen wolle, weil sie schwerlich nützlich wäre, wenn die Mehrheit hineingezwungen würde. In Hamburg sind 700 Schuhmacher in- und 2000 außerhalb der Innung; werden die letzteren hineingezwungen, so werden sie die 700 immer überstimmen und die Innung wird nichts erreichen. So wurde der Antrag Bieder abgelehnt.

Die so errichtete Innung kann auch auf die Gewerbetreibenden beschränkt bleiben, welche Gehilfen und Lehrlinge beschäftigen. Das ist ganz hübsch, aber wie paßt diese Beschränkung mit der ganzen Aktion der Handwerksrettung, der Hebung des Mittelstandes zusammen, da doch die kleinsten Handwerksmeister, die Alleinbetriebsinhaber, der Hilfe und Rettung am dringendsten bedürftig sind? Entweder vermag die Zünftlerei, wie sie von Regierung und Reichstag betrieben wird, das Handwerk zu heben und dann ist es unrecht, davon die Kernisten auszuschließen; oder sie vermag es nicht und dann ist sie ein politisches Unternehmen, das selbst vom moralischen Standpunkte aus die schärfste Verurtheilung verdient. Da wir ersteres nicht glauben, stehen wir auf dem erwähnten Standpunkte, den übrigens ja die ganze organisierte Arbeiterschaft und alle einsichtigen und aufrichtigen bürgerlichen Politiker von Anfang an eingenommen haben.

Man darf aber zu dem freigestellten Ausschluß der Alleinbetriebsinhaber doch noch die Frage stellen, warum auf einmal dieser ganz rollenwidrige und auffallende Seitensprung gemacht wird? Befürchtet man, daß diese kleinsten und ärmsten Handwerksmeister häufiger Sozialdemokraten sind und als solche die Kreise der gutgesinnten Zünftler stören könnten? Denkt man an den Bieder'schen Vorschlag, die Zwangsinnung zu Umsturz zwecken zu benutzen, so dürfte man wohl der Wahrheit nahe kommen, wenn man den gegentheiligen Beschluß der Innungsbeschränkung, so paradox als Dies aussieht, ebenfalls unter demselben Gesichtspunkte würdigt. Dann haben wir aber zur Evidenz die Zünftlerei als ein parteipolitisches, staatsretterisches und antisozialistisches Unternehmen vor uns, dem die vielberufene Handwerksrettung nur als täuschendes Anhängsel dient.

In dieser Richtung liegen auch die Innungsschiedsgerichte und Innungskrankenkassen, Innungsarbeitsnachweise zc. Die Gewährung dieser Privilegien an die absolut unfähigen Innungsleute bedeutet eine äußerst schädliche Durchbrechung der Einheitlichkeit des Ganzen und kennzeichnet den sozialreformistischen Ernst der Regierung und des Reichstages in seltener Weise. Die Auslieferung der Gewerbegerichte wie der Krankenkasse an die Innungen ist um so schlimmer, als sie in den Händen der Zünftler zu nacktesten Parteigerichten und zu Tummelplätzen absolut ungeschulter, brutaler, zuchloser und jedes Rechtsinns barer Elemente werden. Die zünftlerischen Schiedsgerichte haben, soweit sie jetzt schon in den freien Innungen bestehen, kläglich Fiasko gemacht und sich das vollste Mißtrauen der gesamten Arbeiterschaft erworben. Die Zünftler sind vollständig unfähig, Recht zu sprechen, sie können nur vergewaltigen und in parteilicher Weise zu Gunsten der Meister und zu Ungunsten der Arbeiter entscheiden. Sie sind der Gipfel der in unserer Zeit vielfach zur nackten Klassenjustiz ausgearteten Rechtsprechung. Nur eine Gerichtsinstitution hat sich bewährt und die Anerkennung aller objektiv Urtheilenden und rechtlich Denkenden, wie das volle Vertrauen der Arbeiter gefunden, nämlich die Gewerbegerichte und sie sollen durch die Innungsschiedsgerichte zurückgedrängt werden. Mit Recht wehrten sich dagegen die Mitglieder der 284 deutschen Gewerbegerichte, deren Vorsitzende im September 1896 in Straßburg einen Verbandstag abhielten und gegen die Innungsschiedsgerichte folgende Resolution annahmen: „Der Entwurf betr. die Abänderung der Gewerbeordnung enthält in seinen Vorschriften über die

Errichtung von Innungsschiedsgerichten Bestimmungen, welche die Rechtsprechung in den aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag entspringenden Rechtsstreitigkeiten, die Ausbildung des gewerblichen Arbeitsvertrages und die Entwicklung der Einigungsämter in erheblichem Maße gefährden. Diese Bestimmungen sind daher zu streichen.“ — Man ersieht hieraus, was mit der neuesten Zünftlerei für die Arbeiter auf dem Spiele steht. Die sozialdemokratische Fraktion stellte auch den Antrag auf Streichung der Innungsschiedsgerichte, der aber von der kompakten Majorität natürlich abgelehnt wurde.

Das gleiche Schicksal der Ablehnung hatte auch der sozialdemokratische Antrag bezüglich der Innungskrankenkasse, wonach die in dieselbe Aufzunehmenden erst darüber abstimmen und erst wenn die Mehrheit sich dafür ausspricht, errichtet werden sollten. Die Innungskrankenkassen sind bei dem heutigen Stande der Krankenversicherungs-Organisationen sicherlich das fünfte Rad am Wagen und können nur den Bestand z. B. der Ortskrankenkassen gefährden; sicherlich aber haben sie die Tendenz, den freien Hilfskassen Eintrag zu thun und die in langen Jahren mit bestem Erfolge erprobte freie Selbstverwaltung der Arbeiter zu schmälern. Die Innungskrankenkassen bedeuten für die Innungsleute nur Tummelplätze, auf denen sie die Arbeiter beschulen und kommandieren und wo sie Autorität spielen und eventuell auch für sich etwas Geld heraus schlagen können. Daß der sozialdemokratische Antrag von der kompakten Majorität abgelehnt wurde, ist begreiflich, denn die Herren hatten wohl das Gefühl, wenn eine solche Bestimmung in das Gesetz käme, würde wohl im ganzen deutschen Reiche kein Duzend Innungskrankenkassen errichtet werden. Daß man aber die ganze Handwerksrettung nur durch Zwang und abermals Zwang machen will, charakterisirt diese Rettungspolitik zur Genüge.

Auch der weniger einschneidende sozialdemokratische Antrag auf unentgeltliche Arbeitsvermittlung durch die Innungsarbeitsnachweise, wie sie in den gewerkschaftlichen und kommunalen Arbeitsnachweisen besteht, wurde abgelehnt. Dieselben müßten doch, meinte das geheimräthliche Kirchenlicht Camp von der konservativen Partei, die Kosten des Arbeitsnachweises aus demselben wie jeder Privatmann heraus schlagen und das genüge der Majorität. So sieht die Handwerksrettung im Lichte der arbeiterfreundlichen Sozialpolitik aus.

Ferner wurden abgelehnt Anträge auf besondern Schutz des Gastwirthsgewerbes gegen Polizeivillkür; auf Auflösung der Innungskrankenkasse, sobald durch sie der Bestand der Ortskrankenkasse gefährdet ist und endlich auf Statuirung des Rechts der Gehilfen, für Wahl der Vertreter in den Gesellenauschüß Vereinen zu gründen und Versammlungen abzuhalten. Angenommen wurden dagegen die Anträge auf Streichung des den Befähigungsnachweis durch ein Hintertürchen einschneidenden Paragraphen, daß nach 1905 nur Handwerker mit dem Meistertitel Lehrlinge halten dürfen und daß „übermäßige“ und „unautonome Zuchtigung“ des Lehrlings durch den Lehrherrn verboten sei, was ziemlich nichtsagend ist.

Der Reichstag wurde bis 22. Juni vertagt; erst nach dem Wiederzusammentritt wird die dritte Lesung der Innungsvorlage, sowie die Erlebigung einiger damit zusammenhängender Resolutionen stattfinden. Wenn dies geschieht, so wird es angezeigt sein, noch einmal auf die neue Zünftlerei zurückzukommen und die ganze Bescheerung in ihren wesentlichen Punkten zu besprechen. Sicher ist heute schon, daß die Zünftler auch mit diesem

Kugel der Erde findet man aber bedeutend mehr als auf der südlichen. Deutschlands größte Steinkohlenlager befinden sich bei Saarbrücken, bei Aachen und in Schlessen.

Der Kohlenreichtum einzelner Länder wird am besten und kürzesten aus folgender Aufstellung ersehen; es hat:

China	ca. 200,000	engl. Quadratm. Kohlenf.
Nordamerika	193,870	"
Ostindien	35,600	"
Neu-Südwalles	24,000	"
Großbritannien	9,000	"
Deutschland	3,600	"
Spanien	3,500	"
Frankreich	1,800	"
Belgien	900	"

Dazu kommt noch der große Kohlenreichtum Rußlands, der durch Zahlenangaben noch nicht belegt ist. Ferner findet man in Grönland, ja wahrscheinlich bis zum Nordpol mächtige Kohlenlager. Ebenso in Afrika, Sibirien und Persien.

Die Braunkohle ist auch auf der ganzen Erde verbreitet. In Norddeutschland und Polen ca. 4 bis 5000 Quadratmeilen, in der Mark und Bauffig 800 Quadratmeilen. Ferner sind in Sachsen, Thüringen,

Ober- und Niederhessen große Braunkohlenlager. Die Rhön, Wetterau, der Westerwald, der Niederrhein, die bayerische Oberpfalz; alle diese Lager zusammen bilden den Reichtum Deutschlands an Braunkohlen.

Mähren, Böhmen, Ungarn haben sehr mächtige Lager. Eines der größten Lager zieht sich von Oesterreich bis nach Südfrankreich. England ist weniger reich an Braunkohlen, Island und Nordamerika reicher.

Eisen kommt ebenfalls auf der ganzen Erde vor, und zwar stets mit anderen Stoffen verbunden, als Eisenerz. Das erklärt sich aus der im vorigen Abschnitt beschriebenen Art seiner Entstehung, denn auch die mechanische Art des Lebens der Eisenerze an die Erdoberfläche ist mit chemischen Prozessen verbunden. Ein chemischer Prozeß ist aber nicht nur ein einfaches Mischen zweier Stoffe, wie etwa das Mischen von Kaffee mit Milch, sondern es ist Neubildung eines Körpers aus zwei oder mehreren anderen. Dieser neu gebildete Körper hat nicht die geringste Ähnlichkeit mit den Körpern, aus welchen er entstanden ist. Z. B.: Aus Wasserstoff und Sauerstoff (zwei Enfranten) entsteht Wasser; aus einer Verbindung des Eisens mit Wasser entsteht Eisenhydroxyd, ein rothes Pulver, Roß genannt.

Nach alledem erklärt es sich, daß das Eisen selten

im gebiegenen Zustande vorkommt. Es muß aus Hoheisenstein (welcher 70 Prozent Eisengehalt hat), aus Brauneisenstein (60 Prozent Eisengehalt), Magnet-eisenstein (72 Prozent Eisengehalt), Spatheisenstein (48 Prozent Eisengehalt) uzw. gewonnen werden. Diese Erze finden sich im Lager von sehr verschiedener Ausdehnung und Mächtigkeit (Stärke) vor. In Europa sind die hauptsächlichsten Eisenerzlager im Clebeland-gebiet in Cumberland, in Nord Caucashire, in Lothringen und Luxemburg, sowie im nördlichen Spanien. Das lothringische Lager liefert Erze mit 32—38 Prozent Eisen, 1/2 bis 2 Prozent Phosphor und etwas Schwefel. 100 Hochofen sind dort im Gange, welche 40 Prozent des gesammten Hoheisens erzeugen, welches in Deutschland produziert wird.

Diese Lager fielen erst nach dem Kriege mit Frankreich 1871 an Deutschland. Sie erstrecken sich von Nancy über Metz und Diedenhofen bis nach Luxemburg, sind 60 Meilen lang und 10—12 Meilen breit.

Das Cleveland-Gebiet hat 350 Quadratmeilen Ausdehnung. In Schweden sind große Magnet-eisen-lager. Amerika hat am Oberen See in vier großen Gebieten sehr mächtige Lager. Das dort gewonnene Erz enthält 63 Prozent Eisen.

(Fortsetzung folgt.)

weitgehenden Geschenk nicht zufrieden sein und die Agitation insbesondere für den Befähigungsnachweis, wie dies Minister v. Bütticher selbst erklärte, fortsetzen werden.

Auf der Landstraße.

Die Darmstädter Naturalverpflegungsstation veröffentlicht jüngst ihren Jahresbericht, aus dem zu ersehen ist, daß wohl alle Berufe der Landstraße ihren Tribut zollen müssen, also alle unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Im Ganzen haben im Jahre 1896 die Darmstädter Station 4274 mittellose Reisende in Anspruch genommen. Das ist schon eine ganz ansehnliche Ziffer.

Und doch weiß jeder Kenner, daß die Naturalverpflegungsstationen höchstens von der Hälfte aller Handwerksberufe in Anspruch genommen werden. Das wird dadurch bedingt, daß die Inanspruchnahme der Verpflegung für denjenigen recht verhängnisvoll werden kann, der länger auf der Reise ist, als das der Polizei gut erscheint, der sich also mit gutem Grund der Kontrolle durch die Stationen entzieht.

Für die Frage, wie viel Arbeitslose unsere Landstraßen bevölkern, sind deshalb die Ziffern wertlos. Ein annähernd zutreffendes Bild aber geben sie davon, welche Berufe vornehmlich unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben und demgemäß ihre Zugehörigen auf die Landstraße entsenden.

Sehen wir uns darauf hin den Darmstädter Bericht an. Die 4274 Arbeitslosen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Berufe: 729 Handarbeiter, 21 Barbier, 215 Bäcker, 9 Bergleute, 86 Brauer, 15 Buchbinder, 60 Buchdrucker, 6 Buchsenmacher, 17 Bureaugehilfen, 24 Bürstenmacher, 14 Zigarrenmacher, 37 Konditoren, 21 Dachdecker, 13 Kleber, 122 Dienstleute, 20 Drechsler, 42 Eisendreher, 51 Färber, 2 Feilenhauer, 59 Formner, 20 Friseur, 59 Gärtner, 20 Glaser, 23 Goldarbeiter, 7 Graveure, 6 Kürbner, 13 Sijer, 21 Hafner, 6 Handschuhmacher, 96 Hansburyschen, 9 Heizer, 7 Hutmacher, 7 Installateure, 4 Instrumentenmacher, 23 Kaminseger, 4 Kammacher, 66 Kaufleute, 47 Kellner, 11 Kesselschmiede, 19 Korbmacher, 4 Korbschneider, 2 Köche, 5 Krankenwärter, 63 Küfer, 8 Künftler, 19 Kürschner, 19 Kupferschmiede, 21 Lackierer, 4 Lithographen, 69 Lohgerber, 163 Maler, 90 Maurer, 21 Mechaniker, 4 Messerschmiede, 9 Metallbrecher, 4 Metallbender, 6 Metallgießer, 117 Metzger, 52 Müller, 4 Mützenmacher, 1 Optiker, 1 Pfisterer, 6 Polierer, 6 Portefeuller, 9 Posamentierer, 8 Photographen, 1 Sägemüller, 63 Sattler, 7 Seelente, 16 Seiler, 1 Seifensieder, 4 Schiffer, 9 Schleifer, 312 Schlosser, 97 Schmiede, 249 Schneider, 154 Schreiner, 2 Schriftgießer, 97 Schuhmacher, 22 Schweizer, 2 Silberarbeiter, 68 Spengler, 8 Spinner, 29 Stielbrüder, 42 Steinhauer, 5 Stahlbauer, 46 Tapeziere, 10 Tschuuner, 3 Tuchmacher, 16 Uhrmacher, 7 Bergolber, 33 Wagner, 24 Weber, 18 Weichbinder, 9 Wirter, 24 Ziegler, 41 Zimmerleute, 18 Frauen und 14 Kinder.

Die Ziffern zeigen ohne Weiteres, daß einzelne Berufe besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Und doch ist das durch die Ziffern gegebene Bild nicht ganz verlässlich.

729 „Handarbeiter“, was ist darunter zu verstehen? Diese „Arbeiter“ sind zum weitesten größten Teil gewerbliche Arbeiter, die nach jahrelangen vergeblichen Bemühen, irgendwo eine dauernde Stelle in ihrem Beruf zu finden, ihr „Handwerk mit dem goldenen Boden“ an den Nagel hängen und nun als „Arbeiter“ jenseits bietende Gelegenheiten zur Arbeit wahrnehmen. Dasselbe ist der Fall bei den Hansburyschen und Dienstleuten. Und wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, der wird uns recht geben, wenn wir behaupten, daß unter diesen Arbeitern, Hansburyschen und Dienstleuten der größte Teil ehemals Berufen angehört, die unter besonders erbärmlichen Verhältnissen zu leiden hatten, zum größten Teil sich also aus Bäckern und Metzgern rekrutiert, die ja in ihrem eigentlichen Beruf auch so schon zu allerlei

Nebenarbeiten herangezogen werden, welche nachher den Uebergang zu dem Arbeiter-, Dienstleuten- oder Hansburyschen-„Beruf“ erleichtern. Das größte Kontingent für die Landstraße stellen unbestreitbar die Bäcker und Metzger, nicht aber die „Arbeiter“, die sich aus allen möglichen Berufen zusammensetzen, oder, wie man der obigen Liste nach entnehmen könnte, die Schneider. Jeder dritte oder vierte Handwerksberufe, den man nach seinem Beruf fragt, wird sagen, er sei Lehmer (Bäcker) oder Kackoff (Metzger). Daß die Schneider trotzdem auf der Darmstädter Liste mit an erster Stelle figurieren, erklärt sich daraus, daß gerade diese als Saisonarbeiter zu einer bestimmten Zeit „auf der Walze“ sind, die meistens nicht länger dauert, als die Frist, binnen welcher die Verpflegung noch erhoben werden kann, ohne daß die Hilfsbedürftigen Gefahr laufen müssen, von der Polizei als „Landstreicher“ eingesteckt zu werden. Dadurch kommt es, daß die auf der Landstraße befindlichen Schneider auf den Naturalverpflegungsstationen fast alle gezählt werden, was bei den anderen Berufen, in denen die Arbeitslosigkeit häufig viel länger dauert, nicht der Fall ist. — Bei den Malern und vielen anderen Berufen liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei den Schneidern. Doch kommt es uns nicht etwa darauf an, den einen Beruf auf Kosten der anderen herauszustreichen. Wir wollen vielmehr auf Grund der Darmstädter Liste und unserer persönlichen Erfahrungen wieder einmal die Thatsache feststellen, daß gerade in den beiden Berufen, deren gewerkschaftliche Organisationen am schwächsten sind, bei denen sich aber die innungsmeisterliche Herrschaft der „guten alten Zeit“ am besten erhalten hat, die Arbeitslosigkeit am schlimmsten und die Arbeitsverhältnisse am traurigsten sind: bei den Bäckern und Metzger.

Zur Aussperrung in Dänemark.

Das internationale Kapital.

Der Verein von Fabrikanten der Eisenindustrie Dänemarks machte dem Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die Mitteilung, daß vom 15. (9.) Juni ab Aussperrung für sämtliche Schmiede- und Maschinenarbeiter erklärt sei. Zugleich hat er, für die Dauer dieser Sperre keine aus Dänemark nach Deutschland kommenden Arbeiter gemannter Industrie in Arbeit zu nehmen. Das betr. Schreiben lautet:

Nach vergeblichen Versuchen auf dem Wege der Verhandlungen, ruhige Arbeiterverhältnisse in unseren Fabriken zu erlangen, haben die Mitglieder der genannten beiden Vereine, welche den größten Teil der dänischen Maschinenfabrikanten vertreten, beschlossen, von heute an Lock-out (Aussperrung) für sämtliche Schmiede- und Maschinenarbeiter zu erklären. Der Lock-out ist heute in Kraft getreten und umfaßt vorläufig etwa 4500 Maschinenarbeiter und Schmiede. Da die Gewerkschaften, welche hier zu Lande alle unter sozialistischer Leitung stehen, diesen Schlag dadurch abzuwehren suchen wollen, daß sie die Arbeiter nach dem Auslande schicken, und da es uns bekannt ist, daß eine große Zahl schon nach Deutschland abgereist ist, um Arbeit zu suchen, so erlauben wir uns, den geehrten Verein zu erfragen, durch Mitteilungen hierüber an seine Mitglieder so viel als möglich zu verhindern, daß Schmiede- und Maschinenarbeiter, aus Dänemark kommend, in Arbeit genommen werden, so lange der Lock-out nicht gehoben ist, worüber nähere Mitteilungen Ihnen zugehen wird. Zudem wir Ihnen im Namen unserer Vereine dieselbe kollegialische Stütze anerkennen unter ähnlichen Verhältnissen in Deutschland zuzugewähren, erlauben wir Sie freundlichst, einem der unterzeichneten Präsidien mitteilen zu wollen, wie Ihr Verein sich in dieser Sache zu stellen gedenkt, sowie auch, an welche andere Vereine von Arbeitgebern wir Ihrer Meinung nach diese Verwendung richten sollten.

Wir zweifeln nicht, daß die deutschen Eisenmagnaten ihren dänischen Kollegen zu Diensten sein werden. Dem Geldgötzenkult muß die Solidarität der Metallarbeiter entgegengetreten werden: Sein deutscher Metallarbeiter gehe während der Aussperrung nach Dänemark! Wird diese Parole streng befolgt und mangelt es nicht an der finanziellen Unterstützung, dann werden die dänischen Kollegen in dem ihnen trivial aufgesponnenem Kampfe auch den Sieg erringen.

Sodas die internationale Solidarität der Metallarbeiter!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Sie den Mitgliedern aus der vorigen Nummer der M.A.Z. bekannt ist, haben die vereinigten Meister und Fabrikanten Dänemarks einen Generalstreik gegen unsere dortigen organisierten Kollegen durch eine kurzer Hand vorgenommene Aussperrung der in der Eisenindustrie beschäftigten Arbeiter unternommen. Dadurch sind 6000 Metallarbeiter brotlos geworden und dem Elend preisgegeben, und dies nur zu dem Zweck, die Organisation der Arbeiter zu zerstören. Demnach ist die Organisation der Arbeiter zu zerstören. Demnach ist die Organisation der Arbeiter zu zerstören.

Im Hinblick auf diese Notwendigkeit hat der Vorstand in seiner letzten Sitzung den dänischen Kollegen einen namhaften Betrag überwiesen und beschlossen, die weitere

Unterstützung durch in allen Verwaltungsstellen schnellst vorzunehmende Sammlungen zu ermöglichen. Zu diesem Zwecke sind den Verwaltungen Sammelbüchlein zugegangen und ersuchen wir, dieselben umgehend in Umlauf zu setzen und etwaige eingehende Gelder ohne Verzug an den Hauptkassier E. H. Werner einzufenden.

Kollegen, thue ein Jeder sein Möglichstes, gebe Jeder schnell sein Scherflein und mache ein Jeder die Sache unserer hart bedrängten dänischen Genossen zu der seinigen. Weiter geben wir bekannt, daß während der Aussperrung der § 5 Abs. 2 des Statuts ohne Weiteres auf die aus Dänemark zurreisenden Kollegen anwendbar ist, daß also Jeder, der sich als an der Aussperrung beteiligt ausweist, sofort, ohne Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft Reisegeld erheben kann. Ebenso ist es ausnahmsweise gestattet, da der Andrang von Zureisenden an den Grenzorten ein ziemlich starker sein wird, so lange dies der Fall, das Reisegeld auf die dänischen Bänder auszubehalten und die Umlieferung erst an einem späteren Orte vorzunehmen zu lassen.

Sodam machen wir darauf aufmerksam, daß im Laufe dieser Woche den Verwaltungen und Bevollmächtigten je ein Protokoll der letzten Generalversammlung zur Information und zum Gebrauch, sowie die neuen Statuten zugegangen sind, und ersuchen wir diejenigen, die diese Sendungen noch nicht erhalten haben, zu reklamieren.

Die Zahl der Statuten ist so bemessen, daß jedem Mitgliede, das noch mit einem älteren Mitgliedsbuche versehen ist, ein Exemplar ausgehändigt werden kann.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 63521 des Schlossers Fritz Schön, geb. zu Barchim am 21. Dezember 1874. 101532 des Klempners Hugo Schlee, geb. zu Hamburg am 21. Januar 1877. 116314 des Eisenverarbeiters Josef Kossubeck, geb. zu Borsigwerk, Kr. Fabriz, am 10. März 1876. 118795 des Klempners Amannus Hauert, geb. zu Thorn am 30. November 1867. 146215 des Eisendrebers Johann Muckenhuber, geb. zu Wels, Ob.-Oesterreich, am 6. Januar 1877. 156447 des Bohrers Daniel Schmitt, geb. zu Frankeneck am 6. Februar 1875.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Heckschstraße 160II, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Klempner.

Chemnitz. Am 12. Juni fand im „Schüchtershaus“ eine öffentliche Klempnerversammlung statt mit der Tagesordnung: „Die Lage der Chemnitzer Klempner auf Grund der Erhebung der Kommission.“ Der Referent schilderte eingehend die Lohnverhältnisse, die in den Werkstätten herrschen. Die Löhne sind durchwegs keine guten zu nennen; 20 bis 28 S Stundenlohn bei Bauklempnern sind keine Seltenheit, 30—40 S sind nur vereinzelt. Die Arbeitszeit dauert fast durchgängig 12 Stunden. Dagegen ist es bei den Fabrikklempnern etwas besser. Die Löhne stehen auf 25 bis 35 S und vereinzelt darüber hinaus bis auf 42 S. Die Arbeitszeit ist 10—11stündig. Man kann daraus ersehen, daß die Verhältnisse der Chemnitzer Klempner keine rosigten sind. Es ging dann folgender Antrag ein, welcher gegen 1 Stimme angenommen wurde: „Beauftragte eine Kommission zu wählen, welche mit den hiesigen Klempnermeistern in Verbindung tritt zur Regelung der Forderung: 1) zehnstündige Arbeitszeit; 2) Minimallohn von pro Stunde 30 S für jüngere und 35 S für ältere Klempner; 3) 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden und 50 Prozent für Sonntagsarbeit; 4) 2 S 50 S Auslösung für auswärtige Arbeit.“ Es wurde dann noch eine fünf-köpfige Kommission gewählt, welche mit den Meistern verhandeln soll.

Metall-Arbeiter.

Bremen. Bericht über die erste Konferenz der Verwaltungsstellen des D. M. V. Nordwestdeutschlands, abgehalten am 6. Juni 1897 zu Bremen. Die Konferenz wurde um 11 1/2 Uhr von Kollege Bloch-Bremen eröffnet. Derselbe ließ die auswärtigen Kollegen willkommen heißen. Als provisorischer Vorsitzender wurde Kollege Bloch-Bremen, als Schriftführer Kollege Heiken-Bant-Wilhelmschaven gewählt. Die von Kollegen Rudolph-Bant-Wilhelmschaven vorgeschlagene Geschäftsordnung wurde einstimmig angenommen. Da einige Delegierte noch nicht anwesend waren, stellte Replik-Bremen den Antrag, die Sitzung bis Nachmittag 2 Uhr zu vertagen, welcher angenommen wurde. — Um 2 Uhr eröffnete Bloch die Sitzung und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Wahl des Bureaus. 2. Bericht der Delegierten. 3. Agitation. Referent: Rudolph-Bant. 4. Wahl des Vorortes und des Obmannes. 5. Berichtedenes. Anwesend waren 11 Delegierte von 6 Verwaltungsstellen: Bremen, Bant-Wilhelmschaven, Leer, Oldenburg, Delmenhorst und Bremerhaven. Es wird Bloch als Vorsitzender, Heiken-Bant und Bartholomäus-Bremen als Schriftführer gewählt. — Punkt 2. Die Kollegen Bloch und Bartholomäus berichteten über Bremen: Es herrsche hier die 10stündige Arbeitszeit. Der Lohn betrage durchschnittlich M 3, von 5000 Metallarbeitern seien 300 im Verband, im Ganzen sind ca. 1500 Mann in den verschiedenen Berufen organisiert. Es sei hier noch ein weites Feld zu bearbeiten. Auch wurde der Verein der Heizer und Maschinisten (Hirsch-Dunder'scher Richtung) einer scharfen Kritik unterzogen. Kollege Bauhoff-Delmenhorst berichtete, es seien 70—80 Metallarbeiter am Orte, davon 35 im Verband, der Lohn beträgt M 2,50 bis 3 bei 10—11stündiger Arbeitszeit. Auch wäre eine regere Agitation von Nothen; es herrschten schlechte Zustände in

manchen Betrieben, ein Fabrikinspektor ließe sich überhaupt nicht bliden. Kollege Rudolph-Baut-Wilhelms haben berichtet: es seien 3000 Metallarbeiter dort beschäftigt, davon 400-450 im Verbands; 10stündige Arbeitszeit; Lohn M 3,50 bis 4. Es würden periodenweise sehr viel Ueberstunden gemacht. Auch existiert dort ein Harmonie-Postel-Verein der jedoch größtenteils aus Vorarbeitern und Meistern zusammengefaßt ist. Kollege Mammen-Beer berichtet, daß die Organisation ziemlich günstig ist; in Meer seien 90, in Norden 40 und in Papenburg, an der äußersten Spitze Ostfrieslands, 9-15 Mitglieder im Verband. Der Lohn für Formner beträgt M 2,50, für Schlosser 2,30. Auch sei festgestellt worden, daß in einer Gießerei die Waagen auf hundert Kilo Guß 15 Kilo Differenz zum Nachtheil der Arbeiter anzeigen und es sei dem durch Vorgehen des Verbandes abgeholfen worden. Kollege Ballacke-Bremer haben konstatirt, daß ja. 7-8000 (?) Metallarbeiter am Orte seien; davon seien nur 197 im Verbands; 10stündige Arbeitszeit; Lohn durchschnittlich M 3,50. Kollege Vogt-Oldenburg: Dort sei die 11stündige Arbeitszeit die vorherrschende, der Lohn für Schlosser M 14, für Klempner 17 pro Woche. In der Werkstatt von Meyer wäre es keine Seltenheit, daß die Schlosser und Formner mit einem Akkordlohn von M 12 und weniger die Woche zu Hause gehen müßten. — 3. Punkt. Kollege Rudolph legte in einstündiger sachlicher Rede dar, daß es unumgänglich notwendig sei, eine regere Agitation zu entfalten; er stellt den Antrag, ein Agitationskomitee zu wählen, welches immer mit den Agitationskommissionen der einzelnen Verwaltungsstellen rege Fühlung haben soll, damit das Agitationswesen in Nordwestdeutschland einheitlich geregelt werden kann. Es wurden dann verschiedene Vorschläge betreffs der Agitation gemacht. Da aber die Verhältnisse der Orte zu verschiedenartig sind, wurde dieses den Verwaltungsstellen überlassen. Beim 4. Punkt wurde Bremen als Vorort und Kollege Block als Obmann gewählt. Der Antrag, die Wahl der 4 Beisitzer der Verwaltungsstelle Bremen zu überlassen, wurde angenommen. Zum 5. Punkt wurde beschlossen, 3 A nach den geleisteten Beiträgen pro Quartal und Mitglied aus den 25 Prozent an das Agitationskomitee abzuführen. Ferner wurde beschlossen, auf 100 Mitglieder einen, auf 200 zwei Delegirte und auf je 200 weitere Mitglieder einen Delegirten zu wählen. Die nächste Konferenz findet am 26. Dezember (2. Weihnachtstag) ds. Js. Vormittags 11 Uhr in Bant-Wilhelms haben statt.

**Hamburg.** D. M. = B. Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung am 18. Mai. Birner verliest ein Zirkular der neugegründeten Bierverlagsgenossenschaft und ersucht die Anwesenden, ihren Bedarf möglichst von derselben zu beziehen. Die Abrechnung vom Winter-Vergütigen weist eine Einnahme von 320,95 M, eine Ausgabe von 155,10 M auf, mithin bleibt ein Ueberfluß von 165,85 M. Davon sind bereits den damals streitenden Hausarbeitern und Seelenten 103 M überwiesen worden, folglich bleibt ein Kassenbestand von 62,85 M. Auf Antrag der gemeinschaftlichen Vorstände wurden die Kollegen Brand, Weinheber und Weigner beauftragt, die Abrechnung nochmals zu revidiren, da dieselbe vom Festkomitee selbst revidirt worden ist. Hierauf erstatteten die Delegirten Junge, Schulz, Weinheber und Zippel ausführlich Bericht von der Generalversammlung in Braunschweig. Ueber diesen Bericht entspann sich eine längere Debatte, dieselbe mußte jedoch abgebrochen werden, weil die Zeit zu weit vorgehritten war. Die Fortsetzung fand am 25. Mai statt. Zum Bericht von der Revisionskommission des Wintervergütigen erklärt Weigner, daß die Kommission irgend welche Beanstandung in der Abrechnung nicht gefunden hat und ersucht, dieselbe zu genehmigen. Redner beantragt, den Ueberfluß von 62,85 M zur Deckung der gemeinschaftlichen Ausgaben zu verwenden, was auch einstimmig angenommen wird. Hierauf folgt Fortsetzung über den Bericht von der Generalversammlung in Braunschweig. Weinheber erörtert in ausführlicher Weise die Verhältnisse innerhalb der Berliner Lokalorganisation und weist darauf hin, daß thatsächlich diese Lokalorganisation es verstanden hat, sich aktionsfähig zu erhalten, aber wegen der gegenseitigen Agitation mit dem deutschen Verbands ein Zusammenschluß herbeigeführt werden mußte. Redner weist ferner darauf hin, daß dieser Zusammenschluß stattgefunden hat; selbstverständlich mußte man sich herbeilassen und den Berliner Konzessionen machen, um ein gedeihliches Arbeiten herbeizuführen. Deißinger wendet sich entschieden dagegen, daß man den Berliner diese weitgehenden Konzessionen gemacht hat. Redner ist weit mehr der Meinung, daß dieser Zusammenschluß unter dem Druck der Verhältnisse erfolgen mußte, auch ohne daß besondere Vorrechte eingeräumt wurden. Es folgt nun eine sehr lebhaft debatte, in der auch zugleich ein Zusammenschluß der ganzen Hamburger Sektionen zu einer einheitlichen Verwaltung erörtert wird. In der Debatte beteiligten sich noch Junge, Schulz, Köpke, Brand und Birner. Sämtliche Redner sprechen sich jedoch gegen die Vorrechte, die den Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern gemacht worden sind, aus. Hierauf wurden folgende Anträge mit großer Mehrheit angenommen: 1) Die heutige Mitglieder-Versammlung bedauert, daß die Arbeitslosenunterstützung von der Generalversammlung abgelehnt worden ist, und will für deren Einföhrung wirken. 2) Die Sektionsvorstände werden beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten zwecks Zusammenschlusses aller Sektionen. Zum Schluß fand noch folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige, am 25. Mai tagende gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung erhebt entschieden Protest gegen den Beschluß der Generalversammlung zu Braunschweig, gegen die Abänderung des Statuts, nach welcher für Zahlstellen mit 3000 Mitgliedern Sonderrechte eingeräumt werden, und hofft, daß die übrigen Verwaltungsstellen des Verbandes dazu Stellung nehmen, damit die nächste Generalversammlung den für den Verband unwürdigen Passus wieder beizigt.“

**Heidenheim.** Wir sehen uns gezwungen, die Verhältnisse in der hiesigen Maschinenfabrik etwas näher zu betrachten. Von Zeit zu Zeit glaubt der Besitzer ein Exempel statuiren zu müssen, daß seine Macht eine unbeschränkte ist, daß er seinen Anforderungen an die Arbeiter den nöthigen Nachdruck verleihen kann, indem er von Zeit zu Zeit organisierte Arbeiter auf das Pflaster setzt. So wurde ein Arbeiter entlassen, der das Verbrechen beging, beim Holzspulentransport einige Kohlen zu verlieren und zu überfahren, da sie gerade unter das Rad fielen. Nun kam der Herr Kom-

merzienrath und fuhr den Arbeiter also an: „So, Sie sind der saubere Mensch, der so mit meiner Sache umgeht. Ihnen kann ich nicht brauchen, Sie können das Geschäft verlassen.“ Bei der Einwendung, die überfahrenen Kohlen seien kaum 5 A werth, meinte der Herr: „Das können Sie mir gar nicht berechnen, was das für ein Schaden für mich ist“, und weiter meinte er: „Ihnen habe ich schon längst mehr Geld aufgehoben.“ Die Hauptrolle hierbei spielt das hier unter den Arbeitern so in Flor gekommene Denunziantenthum. Von einem Dreher wurde verlangt, er müsse sich alle 14 Tage 3 M abziehen lassen, welche für ihn „gepart“ würden, da er ein besserer Mensch werden müsse. Auch soll derselbe, da er schon 16 Bahltage hatte, für diese ebenfalls 48 M nachzahlen, welche in Raten abgezogen würden. Es wurde ihm eröffnet, daß er bloß unter dieser Bedingung eingestellt worden sei, wovon aber dem Dreher nichts bekannt ist. Beifügen wollen wir noch, daß derselbe 30 Jahre alt ist. In der Schreinerei werden gelehrte Arbeiter entlassen und einem Tagelöhner Schreinerarbeit übertragen. Hauptächlich will es der Herr Kommerzienrath nicht dulden, daß sich die Arbeiter organisiren. Wir meinen aber, es wäre nicht mehr als gerecht, wenn man den Arbeitern das gesetzlich gewährte Koalitionsrecht nicht auf indirektem Weg beschneidet oder illusorisch macht; umso mehr, da ja die Arbeiter den Fabrikanten in dieser Beziehung auch keine Vorschriften machen. Konstatiren wollen wir aber auch, daß die Arbeiter selbst viel Schuld an diesen Zuständen tragen. Fällt es doch nur Wenigen ein, sich zu organisiren, weil sie fürchten, die Arbeit dadurch zu verlieren. Aber nur durch Organisation ist es möglich, diesen Zuständen ein Ende zu bereiten. Darum auf, Arbeiter, erscheint in unseren Versammlungen und schließt Euch der Organisation an. Oder wollt Ihr noch länger durch Euer Fehlen in unseren Reihen das Denunziantenthum unterstützen? Das kann und darf Euer Wille nicht sein. Unsere Kollegen möchten wir aber fragen, ob sie glauben, die richtige Antwort auf eine Maßregelung zu geben, wenn sie nicht in der Versammlung erscheinen. Darum nochmals: Organisirt Euch und erscheint in den Versammlungen, nur so werden wir dann im Stande sein, über andere Verhältnisse zu berichten.

**Mühlhausen i. Th.** Als wir uns vor ca. 3 Monaten mit der Firma Gustav Walter & Co. beschäftigten und die vielen Mißstände derselben sowohl in unserem Verbandsorgan wie auch in mehreren Versammlungen an die Öffentlichkeit brachten, wurden von Seiten der Firma die weitgehendsten Versprechungen gemacht. Man versprach, alle Uebelstände genau zu untersuchen und nach Möglichkeit abzuheben, nur sollten wir damit nicht weiter an die Öffentlichkeit gehen. Eine in den damaligen Versammlungen eingegangene Resolution, in welcher gefordert wurde, die Sperre über die Fabrik zu verhängen, wurde zurückgezogen, da man der Firma Glauben schenkte und ihr Zeit und Gelegenheit geben wollte, gründlich Remedur zu schaffen. Sehen wir uns nun nach Verlauf von drei Monaten die Zustände einmal an, so müssen wir die Wahrnehmung machen, daß es im Allgemeinen viel schlechter geworden ist. Es ist uns nicht möglich, alle Einzelheiten hier aufzuführen, aber eine zu diesem Zweck demächst stattfindende öffentliche Versammlung wird sich eingehend damit beschäftigen. Wenn es vorkommt, daß ein Arbeiter in 14 Tagen 37 M verdient hat, bei einer Akkordarbeit von 20 A pro Stück, und es werden demselben 2 1/2 A vom Stück abgezogen, weil der Arbeiter nach Ansicht der Geschäftsinhaber ein Arbeiter kaum 1 M pro Tag verdient, so ist es unsere Pflicht, dies unseren auswärtigen Kollegen mitzutheilen, um sie vor einem gründlichen Reinfall zu schützen. Wenn man gegen Zumuthungen vorstellig wird, erhält man zur Antwort: „Wenn's Ihnen nicht paßt, oder wenn Sie sich an die hiesigen Verhältnisse nicht gewöhnen wollen, dann hören Sie sofort auf.“ Einer der ersten Lohnrücker ist ein Herr Bersehl, welcher sich auch Meister nennt. Für die kleinsten Fehler zieht derselbe sofort den vollen Akkordpreis ab, ja, er setzt Akkordpreise fest, bei denen ein Arbeiter pro Tag noch nicht eine Mark verdient. Auf diese Weise hat ein Arbeiter an der Drehbank in 7 1/2 Tagen M 3,72 verdient. Darum Kollegen, wenn demnächst der Ruf zu einer Versammlung an Euch ergeht, so erscheint Alle, Mann für Mann, und tretet unserem Verbands bei. Bedenkt, daß das Treiben in der Fabrik bis in alle Zukunft so weiter gehen wird, wenn Ihr nicht selbst Hand an's Werk legt. Vergeßt alle persönlichen Zwistigkeiten untereinander, besucht regelmäßig die Versammlungen und kommt regelmäßig sämmtlichen Verpflichtungen nach, dann wird das Unternehmertum solche Zumuthungen nicht mehr stellen können.

**Nürnberg.** In den letzten Wochen fanden dahier zwei allgemeine Metallarbeiter-Versammlungen statt, in denen die Verhältnisse im Maschinen-, Hoch- und Brückenbau der „Maschinenbau = Aktien = Gesellschaft Nürnberg“ besprochen wurden. Wir wollen an dieser Stelle auf die Mißstände nicht ausführlich eingehen, zumal unsere Kritik in den Versammlungen und in der Tagespresse schon theilweisen Erfolg hatte, indem mehr für Realität und Ordnung gesorgt wird, Schutzvorrichtungen angebracht wurden und der Fabrikinspektor sich schleunigst der Sache annahm. Welche Anordnungen derselbe getroffen, ist uns zur Zeit noch unbekannt. Zu wünschen läßt insbesondere oft die Behandlungsweise durch die Vorgesetzten; dazu kommt die Untreue bei der Arbeit und die schlechte Bezahlung der ungelerten Arbeiter beispielsweise im Brückenbau. Kräftige Leute, die den ganzen Tag mit den schwersten Eisen hantiren müssen, dabei der größten Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sind und theilweise bei Wind und Wetter, Schnee und Eis im Freien arbeiten, erhalten 22 und 23 A pro Stunde. Dazu werden noch das ganze Jahr hindurch Ueberstunden gemacht. Im Jahre 1895 sind nach einer ungefähren Berechnung mindestens 100,000 Ueberstunden gemacht worden. Direktor der Fabrik ist der Vorsitzende des Metallindustriellen-Verbandes Nürnberg-Gürth, Herr Kippel, der es im vorigen Jahre fertig brachte, das Verlangen der Arbeiter, die Mittagspause um 1/4 Stunde zu verlängern, rundweg abzuschlagen. Die Arbeiter liegen daher ständig mit den Vorgesetzten im Kampfe, weil sie sich weigern, Ueberstunden zu machen. In der einen oder anderen Werkstatt lassen sich auch oft Arbeiter bestimmen, länger zu arbeiten; macht dann Jemand eine Ausnahme, so hat er es in der Arbeit und in der Entlohnung zu büßen, so daß er gern Ueberstunden macht. Ein Arbeiterauschuß existirt auch, aber auf Grund welcher Be-

stimmungen? In den Satzungen hiefür ist die Bestimmung enthalten, daß nur solche Arbeiter in den Ausschuß gewählt werden können, die 10 Jahre ohne Unterbrechung in der Fabrik gearbeitet haben. Damit will die Direktion nichts anderes sagen als: wer nur 1-9 Jahre 364 Tage in unserer Fabrik gearbeitet hat, versteht nichts von den Aufgaben des Arbeiterauschusses. Man muß sich wirklich wundern, daß sich Arbeiter in Nürnberg solche skandalösen Bestimmungen noch aufkotzen lassen. Ein Mitglied des Arbeiterauschusses erschien dann auch in einer der Versammlungen, um unter großer Entrüstung der Anwesenden der Direktion die Stange zu halten und den „Pöbels“ nahe zu legen, die Mißstände seien ganz minimaler Natur, sie sollten erst Versammlungen über andere Fabriken abhalten. Der größte Theil der Arbeiter dieser Fabrik lebte bisher gleichgiltig in den Tag hinein, ohne sich auch nur um sich selbst zu kümmern. Jahr aus Jahr ein plagten sie sich für geringen Lohn bei langer Arbeitszeit ab und der Lohn des Begründers der Fabrik, Freiherr von Cramer, konnte sich daher kürzlich in Rom, wo er als Legationssekretär die „Diplomatie“ lernt, das Vergnügen erlauben, einen Ball zu veranstalten, der ihm das Summchen von 100,000 M kostete. — Wir werden nicht eher ruhen bis alle Mißstände beseitigt sind und bis wir kürzere Arbeitszeit errungen haben; Pflicht aller Kollegen der Fabrik ist es aber, sich dem Metallarbeiter-Verbands anzuschließen, ohne welchen wir derartige Kämpfe nicht führen können.

**Welsert.** In der am 12. Juni abgehaltenen Mitglieder-Versammlung wurde Kollege Karl Kauer, Schlosser, als Bevollmächtigter; Wilh. Knauer, Schlosser, als Kassirer; Emil Neuhäuser, Feilenhauer, als Schriftführer und die Schlosser Otto Scheibe und Dichtung als Revisoren gewählt. In dem eine Stunde von hier entfernten Ort Heiligenhaus wurde Kollege Adolph Mitrov, Schlosser, Hauptstr. 19, als Vertrauensmann gewählt.

**Weißwasser.** Nach langer, vergeblichem Bemühen ist es uns gelungen, ein Lokal zu einer Versammlung zu bekommen. In Weißwasser selbst ist zwar die Metallindustrie nicht stark vertreten, desto mehr in Keula bei Muskau. Die organisierten Formner von Keula scheuten denn auch den 11stündigen Fußweg nicht, um die Versammlung besuchen zu können. Die große Mehrheit der Arbeiter ist leider nicht organisiert und auch nicht zu bewegen, einen solchen Weg zu machen, um eine Versammlung zu besuchen. Immerhin war die am dritten Freitag Abends abgehaltene Versammlung trotz der ungünstigen Lage des Lokals gut besucht. Als Referent war Kollege Rohrlach aus Berlin erschienen, der den Anwesenden den Zweck und Nutzen der Organisation klar legte. Die Metallarbeiter von Keula verspüren diesen Nutzen in der That selbst am besten, denn die im M. = B. organisierten Formner haben, nachdem vor 3 Jahren ein Streit stattgefunden hat, jetzt ganz bedeutend höhere Löhne. Die Direktion der Keula'schen Werke kann es nicht riskiren und hat es seit jenem Streik nicht wieder riskirt, den Formnern Lohnabzüge anzubieten. Dagegen stehen die nichtorganisierten Schlosser in einem mehr als elenden Lohnverhältnis. Es wird unsere nächste Aufgabe sein, nunmehr auch die Schlosser zur Organisation heranzuziehen, und auch ihnen dadurch Verbesserung der Lohnverhältnisse zu bringen. Ebenso müssen die bei den Kleinmeistern in Weißwasser und Muskau beschäftigten Kollegen herangezogen werden. Dort ist Ueberstundenarbeit an der Tagesordnung, verbunden natürlich mit ganz elender Bezahlung. Zunächst werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ermittelt werden, und dann die weiteren Schritte geschehen. Ueber diese Ermittlungen wird in den Spalten unseres Organs referirt werden, und wird das Hoffentlich dazu beitragen, die Kollegen zu energischer Thätigkeit für die Organisation und damit für ihr eigenes Wohl zu ermuntern.

**Würzburg.** Am 5. Juni fand unsere gut besuchte Monats-Versammlung statt. Nach Erledigung verschiedener Punkte gab der Kassirer die Resultate betr. des Einkommens bekannt. Dieselben können als sehr günstig bezeichnet werden, indem jetzt die Beiträge besser eingehen wie früher und wir hoffentlich bei der nächsten Abrechnung nicht gezwungen sind, wegen der Rückstände Mitglieder zu streichen. Bei „Verschiedenes“ gestaltete sich die Diskussion etwas lebhafter, indem die Schnellpressenfabrik von Bohn u. Herber einer Kritik unterzogen wurde. Von ungefähr 130 Arbeitern sind nur 4 organisiert, der Indifferentismus unserer Organisation gegenüber ist bei diesen Arbeitern so groß, daß es ein Ding der Unmöglichkeit scheint, hier noch erfolgreich Agitation zu betreiben. Es ist schon sehr viel geschehen, um die Arbeiter aufzurütteln, aber Alles umsonst, da helfen keine Versammlungen und keine mündlichen Aufforderungen, so daß man denken könnte, diese Werkstatt sei das reinste Paradies. Daß dies nicht der Fall ist, zeigt Folgendes: Formell besteht die 10stündige Arbeitszeit, aber in Wirklichkeit wird 13 Stunden das ganze Jahr gearbeitet und oft Samstag bis Nachts 10 Uhr. Nun sollte man doch glauben, die Arbeiter würden einsehen, daß diese lange Arbeitszeit dem Herrn Unternehmer großen Gewinn, den Arbeitern dagegen bezüglich Gesundheit großen Schaden bringt, weshalb sie auch für die Ueberstunden eine bessere Bezahlung verlangen würden. In dieser Fabrik arbeiten alle Arbeiter im Akkord, wie es aber damit aussieht, darüber kurz folgende Thatsache. Ein jüngerer Dreher stellte sich im Akkord auf 40 A pro Stunde, bekam aber nur 35 A bezahlt. Auf seine Beschwerde wurde ihm von Herrn Bohn gesagt, er solle froh sein, daß er so viel verdiene, das sei genug für einen so jungen Menschen (derselbe ist nebenbei gesagt schon 20 Jahre alt), er könne doch nicht so viel verdienen wie ein älterer Dreher. Nun muß aber der junge seine Arbeit gerade so sauber machen wie der ältere. Jetzt das Gegenstück. Ein älterer Arbeiter bekam auch einmal die gleiche Arbeit, derselbe bekam aber dann auch nicht mehr. Wenn man sich in solchen Fällen dann beschwert, so heißt es einfach: Der N.N. hat es aber für dieses Geld gemacht. Dadurch sind die Akkordpreise so heruntergedrückt, daß die Arbeiter nur mit der äußersten Anstrengung etwas über ihren Tagelohn verdienen können. Ein fremder Arbeiter kann sich überhaupt nicht lange halten, denn so genügsam wie hier die meisten Arbeiter sind, das ist nicht Jedermanns Sache. Mittags einen Käs oder Pflaumen und ein Stück Brod bei einer Arbeitszeit von 13 Stunden — um dabei existiren zu können, dazu gehört schon ein unterfränkischer Bauernmagen. Ein weiterer Fall, der sich vor wenigen Tagen zugetragen hat, beweist auch die Schneidig-

feit des Herrn Bohn seinen Arbeitern gegenüber. In der Fabrik besteht an Stelle der Gemeindefürsorge eine Fabrikkrankenkasse. Der oben erwähnte Dreher mußte wegen einer Krankheit das hiesige Spital aufsuchen. Nach seiner Genesung arbeitete derselbe noch 14 Tage weiter bis er hier seine Stellung verbessern konnte. Als er am Pfingstsonntag seine Arbeit niederlegte, geberdete sich Herr Bohn sehr heftig. „Sie bekommen kein Geld und auch keine Papiere, das wäre noch schön, wenn so eine — S... erst die Krankenkasse ausziehen und dann auch noch ausführen wollte.“ Tatsächlich erhielt der Kollege von seinen 41 M keinen Pfennig, Herr Bohn erklärte einfach: „Die Papiere können Sie haben, aber mit dem Geld bezahle ich das Spital.“ Und der Arbeiter hätte sich während der Pfingstfeiertage sein Essen fechten müssen, wenn ihm seine Verbandskollegen nicht ausgeholfen hätten. Das hiesige Gewerbegericht wird den Herrn B. aber wohl belehren, daß er das Recht nicht besitzt, einem Arbeiter den Lohn einzubehalten, um das Spital damit zu bezahlen. Auch glauben wir, daß sich Herr Bohn gerade nicht so aufspielen braucht, als ob er das alleinige Verfügungsrecht über die Krankenkasse hätte. Wir glauben vielmehr, daß es doch die Arbeiter sind, die die Beiträge zu bezahlen haben und die auch ihre Kasse selbständig verwalten können. — Zum Schluß erwähnte der Bevollmächtigte die Mitglieder, immer so zahlreich zu erscheinen, damit man auch etwas Erfriechliches leisten könne.

**Stuttgart.** In der Maschinenfabrik von Weigand & Klein ist vor 14 Tagen ein Streik ausgebrochen. Der Zugang ist noch strengstens fernzuhalten.

**Stuttgart.** Bei der Firma Gustav Benk, Rothstr. 27, sind Differenzen ausgebrochen. Wir bitten, den Zugang von Gärtnern, Metallschleifern, Metallrädern und Galvanisierern fernzuhalten.

**Schlosser u. Maschinenbauer.**

**Hannover.** Am 12. Juni fand im „Ballhof“ eine gut besuchte öffentliche Schlosserverammlung, in der Genosse Paul über die Mißstände in verschiedenen hiesigen Betrieben referierte, statt. Redner kritisierte an der Hand von Beweismaterial die Zustände in dem Betriebe der hiesigen Straßenbahngesellschaft, besonders betonend, daß es Pflicht der Arbeiter sei, wenn sie über Mißstände zu klagen hätten, den breiten Weg der Deffentlichkeit zu benutzen, um so die Abhilfe der in Frage kommenden Uebelstände herbeizuführen. Zu diesen Uebelständen sei das in Frage kommende Strafsystem, wie es in dem Betriebe üblich sei, zu rechnen; so würden z. B. in genannten Betriebe für Zustimmen von 10 Minuten 10 J, von 20 Minuten 20 J, von 30 Minuten 30 J Strafe erhoben. Derjenige, welcher über eine halbe Stunde ohne genügende Entschuldigung ausbleibe, bezahle, außer dem Verlust seines Arbeitslohnes für diese Zeit noch 1 M Strafe; ja, es solle auch des Deßeren vorkommen, daß noch außerdem 30 J Strafe für das Fehlen der ersten halben Stunde in Anrechnung gebracht würden, so daß das Strafmaß in solchen Fällen die exorbitante Höhe von 1,30 betragen solle. Nun hätten ja die Arbeiter nichts dagegen, daß Strafen erhoben würden, denn Ordnung müsse sein; worüber aber die betroffenen Arbeiter am meisten klagen, sei, daß sie nicht wüßten, wo die Strafgebühren eigentlich blieben. Es sollten zwar derartige Strafgebühren in die beteiligte Krankenkasse — hier die Betriebskrankenkasse — fließen, aber bis jetzt sei noch kein Ausweis über den Vermögensstand der Betriebskrankenkasse veröffentlicht worden. Es sollen zwar Einrichtungen getroffen sein, daß Arbeitern, welche schon längere Zeit in dem Betriebe beschäftigt sind, bei außerordentlichen Fällen, wie Krankheit in der Familie, außerordentliche Beihilfen von Seiten der Krankenkasse gewährt werden. Ob diese Extrabeihilfen aber statutarisch bestimmt seien, oder ob dieselben aus dem Strafonds gewährt würden, vermag von den Arbeitern Niemand zu sagen, weil denselben keine Strafenstatuten vorgelegt wurden. Ebenso wurde von den Arbeitern darüber geklagt, daß ihrer Ansicht nach zu niedrige Marken für die Subaltditäts- und Altersversicherung in die Quittungskarten geklebt würden. Nach dem geklachten Lohn gehörten die im Betriebe beschäftigten Handwerker nicht der Lohnklasse 3, sondern der Lohnklasse 4 an. Bei einem Stundenlohn von 30 J und (wie es noch bis vor Pfingsten üblich) 12stündiger Arbeitszeit komme ein bedeutend höherer Jahresarbeitsverdienst heraus, als ihn die Lohnklasse 3 als Normallohn von 720 M bestimme. Ein ähnliches Verhalten sei es nach Ansicht der Arbeiter mit der Krankenkasse; auch hier glaubten die Arbeiter, daß sie benachteiligt würden, denn bei den geklachten Wochenbeiträgen von 60 J — der Beruferte 40 J, die Betriebsleitung als gelegliches Drittel 20 J — sei das Krankenversorgungsgehalt von 1,25 M täglich zu gering; auch hier müßte mindestens 1,50 bis 1,75 M Versorgungsgehalt bei jedem Arzt und Medicinmann gezahlt werden. Die Arbeiter müßten nicht einmal, welche Lohnsätze der Berechnung zu Grunde gelegt seien. Wenn ein Arbeiteransitz in dem Betriebe wäre, so würde derselbe nach seiner, des Redners Ansicht, ganz bestimmt bei der Betriebsleitung schon vorstellig geworden sein, damit für das Wohlergehen des erkrankten Arbeiters besser eingetreten werde. — In verschiedenen Arbeitshallen solle es selbst an den Heizungsanlagen fehlen, und dort, wo Heizungsanlagen gemacht seien, würden dieselben nicht in Betrieb gesetzt, so daß die Arbeiter im Winter, wollten sie nicht frieren, gezwungen seien, in ihrer dicken Winterkleidung zu arbeiten. In einigen Hallen solle man sich sogar mit offenen Kesselfeuern, wie sie in Neubauten häufig benutzt würden, begnügen haben, damit wenigstens einigermaßen Wärme in die Arbeitsräume kam. Von Seiten des früheren Polizeipräsidenten u. Brandt sei aber die Benutzung offener Kesselfeuern in Arbeitsräumen verboten worden. Ebenso würde Klage geführt über die primitiven Heizungsanlagen für die Arbeiter. Wie er aber erfahren, solle nach dieser Richtung hin Abhilfe geschaffen werden, ebenso wie bereits betreffs der Aborte schon bessere Einrichtungen eingeführt sein sollten. Selbst geklagt wurde ferner über die besonderen Strafen, bezw. Abzüge für Zerbrechen, Abhandeln und Abnutzen der Werkzeuge. Die Höhe der Abzüge sei nach jeder Ansicht zumeist in das Belieben des betreffenden Werkzeugmeisters gestellt. So soll es vorgekommen sein, daß für einen Winkel, den man in jeder Eisenhandlung für 1,25 erhalten könne, 2 M in Abzug gebracht seien. Ebenso verhalte es sich mit einem Zylinder; derselbe

wären erhältlich für 2,50—2,75 und 5 M seien in Abzug gebracht worden. Selbst für die Abnutzung von Stahlbohrern würden Strafabzüge in Anrechnung gebracht. Ob dies mit Vorwissen der Betriebsleitung geschehen, hätte nicht in Erfahrung gebracht werden können. (Diese Behauptungen blieben un widerlegt, obgleich der betreffende Werkzeugmeister in der Versammlung gewesen sein soll). Für Hängelassen der Kontrollmarken würden 25 J Strafe abgezogen und für eine verloren gegangene Marke 40—50 J berechnet. Die Arbeitszeit betreffend, würde darüber Klage geführt, daß Arbeiter häufig 36, ja sogar 48 Stunden hintereinander arbeiten müßten, eine Arbeitszeit, wie sie von keinem Pferde verlangt werde. — Des Weiteren kritisierte Redner noch kurz die Verhältnisse in der landwirtschaftlichen Maschinenfabrik von Hasemann & Söhne in Linden. Auch hier wären der Mangel genug vorhanden, namentlich hinsichtlich der Aborte. Die Reinigung der Werkstätten usw. Nothwendig sei es, von Zeit zu Zeit öffentliche Schlosserversammlungen abzuhalten, worin dann die Verhältnisse in den Betrieben der Herren Silers, Dietrich, Verclas u. A. an das Licht der Deffentlichkeit gezogen werden müßten, damit auch für Hannover andere Verhältnisse für die Schlosser geschaffen werden könnten. — Die Lohnverhältnisse für Schlosser in Hannover schwanken zwischen 10—15 M und 18—21 M wöchentlich. Ueber 21 M wöchentlich verdienende Schlosser gäbe es verhältnismäßig sehr wenige. — Mit einem kräftigen Appell und der Aufforderung zum Eintritt in den D. M. B. schloß der Vortragende seine interessanten Ausführungen. — In der Diskussion, die eine sehr lebhaft war, wurden die Mißstände, wie sie der Vortragende geschildert, lediglich bestätigt, auch nicht ein einziger Punkt wurde bestritten, obgleich eine Anzahl Borarbeiter des betreffenden Straßenbahnbetriebes auswendig waren.

**Kathenow.** Vor vollbesetztem Hause sprach am 13. Juni Kollege Köhler bei den Schlossern und Maschinenbauern. Dieselben hatten es sich angelegen sein lassen, auch die am Ort stark organisierten Hirsch-Dunderianer einzuladen, welche der Einladung auch folgten, sich aber einen Redner aus Berlin mitbrachten. Auf der Tagesordnung stand: „Welche Form der Organisation kann den Kathenower Metallarbeitern eine Besserung ihrer elenden Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen?“ Nach einigen einleitenden Worten legt Redner dar, daß die Organisation den Zweck hat, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bessern und daß nur die Organisation, die wenigstens den Versuch hierzu gemacht habe, eine Existenzberechtigung habe. Da nun die Hirsch-Dunderianer hier am Orte gut organisiert seien, wäre es ihre Pflicht gewesen, den Versuch zur Besserung zu machen. Das sei aber durchaus nicht geschehen, obgleich seit dem Jahre 1896 eine aufsteigende Konjunktur zu verzeichnen gewesen ist. Redner beweist dieses mit den Zahlen der an die Unternehmer gezahlten Dividenden. Daher hätten die Hirsch-Dunderianer doppelte Veranlassung gehabt, den Versuch zu machen, die Arbeitszeit, welche jetzt 11 Stunden und mehr beträgt, mindestens auf 10 Stunden zu reduzieren. Die Hirsch-Dunderianer hätten diesen Versuch aber nicht gemacht! Unsere Aufgabe sei nun, in der heutigen Versammlung festzustellen, ob die Hirsch-Dunderianer überhaupt geneigt seien, eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen zu helfen. Wenn ja, dann hätten sie unsere Bruderhand. Redner fährt nun weiter aus, daß gerade da, wo die Hirsch-Dunderianer gut organisiert seien, die elendesten Verhältnisse beständen, das zeigt schon, daß nicht einmal genügende Auskunft zu erlangen gewesen sei; oder liege das etwa daran, daß die Scham das Schweigen veranlaßt habe? Wohl aber könne man den Hirsch-Dunderianern nachweisen, daß sie gerade eine Agitation entfaltet haben gegen die 10stündige Arbeitszeit, deren Einführung die Arbeiter der Firma D. Schmidt geplant hatten. Die Arbeiter der Richter'schen Fabrik, meist Hirsch-Dunderianer, waren der Meinung, daß man in 12 Stunden mehr verdienen wie in 10 Stunden. Daran folgt, daß die Hirsch-Dunderianer ihre Anhänger vollständig im Unklaren lassen. Von den Mitgliedern des D. M. B. wird von jeder versucht, die Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Die Hirsch-Dunderianer sollten heute erklären, ob sie gewillt sind, mitzutreten, für die Kathenower Metallarbeiter die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Referent geht nun dazu über, die Verhältnisse der einzelnen Fabriken kurz zu skizzieren zu lassen und teilt mit, daß in der Fabrik von Fr. Richter u. Co. ca. 100 Arbeiter beschäftigt werden, von denen zwei dem D. M. B. angehören, während die übrigen zum größten Teil den Hirsch-Dunderianern gehören, zum anderen Teil nicht organisiert sind. Bei der Firma vorwärts E. Busch werden ca. 30 Schlosser und Dreher beschäftigt, von denen nicht ein einziger organisiert ist. Bei der Firma Otto Schmidt sind 55 Schlosser und Maschinenbauer und 19 Lehrlinge beschäftigt, und davon 3 im D. M. B. und 17 bei den Hirsch-Dunderianern organisiert. Und endlich bei der Firma K. Schmidt sind 14 Arbeiter thätig, 7 Erwachsene und 7 Lehrlinge; organisiert ist Keiner! Also werden in Kathenow im Ganzen ca. 199 Maschinenbauer und Schlosser beschäftigt, wovon 173 männliche Erwachsene und 26 Lehrlinge sind. Von diesen Arbeitern sind ganze 122 organisiert, 5 im D. M. B. und die übrigen gehören gegnerischen Organisationen an. Die Arbeitszeit beträgt bei Richter u. Komp. 11 Stunden, auch werden Ueberstunden gemacht, bei vorwärts E. Busch 10 1/2 Stunden und Sonnabends 10 Stunden, bei Otto Schmidt 11 Stunden, Sonnabends 10 1/2 Stunden. Es werden auch hier mehrmals Ueberstunden gemacht. Bei K. Schmidt wird 11 Stunden und Sonnabends 10 1/2 St. gearbeitet; hier werden von fast sämtlichen Arbeitern Ueberstunden gemacht. Wir sehen, daß sich einige Firmen nicht daran setzen, daß sie Sonnabends ungesetzlicherweise 1 resp. eine halbe Stunde länger arbeiten lassen. Für diese Ueberstunden lange Arbeitszeit werden nun Löhne gezahlt für Schlosser von 12—16 M, ausnahmsweise 18 M, für Schmiede 18 bis 27 J pro Stunde; davon erhalten 2 Mann 18—20 J, 10 Mann 20—25 J, 2 Mann 27—30 J pro Stunde. Dreher verdienen im Allord 18—22 M, im Lohn 12—16 M. Hilfsarbeiter erhalten 11—14,50 M (letzterer Satz ist Ausnahme). Bei Busch verdienen Dreher im Allord 27—30 J, im Lohn erhalten 27—28 Mann 19 J, 2—3 Mann 22 J. In diesen Sätzen bewegen sich ungefähr sämtliche Löhne. Auch spielen Strafen eine Rolle, von denen wir nur die erheblichsten bei Fr. Richter u. Co. für unentschuldigtes Fortbleiben von der Arbeit bis zum ganzen durchschnittlichen Tagesverdienst nennen wollen. Aus zumeist sich die Be-

handlung bei letzterer Firma besonders durch Grobheiten aus. Es fehlt in vielen Fällen Ventilation, Heizung entweder ganz oder sie ist in mangelhafter Weise vorhanden. Desgleichen Schutzvorrichtungen an den Maschinen. Auch ist bei einigen Firmen der große Mangel an Werkzeugen tief zu beklagen. Dies Alles sind Zustände, die durchaus der Abhilfe bedürfen und ist darum keine Zeit zu verlieren, daß hier einmal kräftig Hand angelegt werde. Es lasse sich Alles ohne Streit erreichen, wenn eine starke Organisation bestände. Die Stellungnahme der Hirsch-Dunderianer lasse aber nur zu deutlich erkennen, daß sie nicht ernstlich gewillt sind, für die Verbesserung dieser elenden Verhältnisse einzutreten, und doch rühmen sie sich der Nachahmung der englischen Trades Unions. Aber haben die Hirsch-Dunderianer schon jemals einen Kampf dem Unternehmertum geliefert wie diese? Noch niemals ist das dagewesen und darum ist diese Unruheigkeit der Hirsch-Dunderianer geradezu lächerlich! Dagegen entspricht das Prinzip des D. M. B. ganz den englischen Trades-Unions. Redner verweist nochmals auf die Macht der Organisation, wodurch man sehr wohl in der Lage sich befindet, ohne Streit die 10stündige Arbeitszeit einzuführen, es sei nur erforderlich, daß auch die Hirsch-Dunderianer mitmachen. Thun sie es nicht, nun, so werden die Arbeiter sehr bald einsehen, daß für sie bei den Hirsch-Dunderianern kein Interesse vorliegt und werden die Arbeiter sich dem D. M. B. zuwenden. Nachdem der Referent geendet, erhält Herr H. Licke-Berlin das Wort, der nun versucht, den Kollegen Köhler zu widerlegen; er heißt aber bei dem Versuch stehen. Nachdem der Redner unter seinen Anhängern, den Hirsch-Dunderianern, das Schreckgespenst, die Sozialdemokratie, und ihre Absicht zu „theilen“, wachzurufen suchte, was ihm aber augenscheinlich nicht gelungen war, vertieß derselbe die Rednertribüne. Dem Herrn H. Licke wurde nun durch den Kollegen Bode andererseits an hier am Ort erlebten Streikereignissen der Hirsch-Dunderianer gemacht, daß diese Herren den Kater nun einmal nicht los werden können und wir, ohne einen eklatanten gegentheiligen Beweis, nicht an ihre ehrliche Gesinnung glauben können. Es nimmt nun als Vertreter der Firma Fr. Richter u. Co. Herr Hüfelitz das Wort und bestreitet einige Angaben über ihren Betrieb als unrichtig, ohne jedoch über die sonst vorgebrachten Beschwerden ein Wort der Entgegnung zu verlieren, diese also stillschweigend anerkannte. Zum Schluß wird der Versammlung folgende Resolution zur Annahme unterbreitet: „Die heutige Versammlung erklärt die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit für die Kathenower Metallarbeiter für unbedingt notwendig. Die anwesenden Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fordern ihre Ortsverwaltung, die Mitglieder des Gewerkevereins ihre Vorstände auf, bei den Fabrikanten die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit zu beantragen. Der Stundenlohn ist soweit zu erhöhen, daß der Tagesarbeitsverdienst mindestens derselbe bleibt, wie vorher bei 11stündiger Arbeitszeit. Die Nichtorganisierten erklären sich mit diesem Vorgehen einverstanden und verpflichten sich, dem D. M. B. beizutreten.“ Die Abstimmung über die Resolution erfolgte getrennt, d. h. die Hirsch-Dunderianer sollten zuerst und für sich abstimmen, was ihr Berliner Berater aber verhinderte, indem er darauf hinwies, daß neben den Schlossern und Maschinenbauern doch auch Fischer usw. hier wären, und diese hätten doch dazu nichts zu sagen. In Folge dessen enthielten sich sämtliche Anhänger der Hirsch-Dunderianer der Abstimmung. Die Mitglieder des D. M. B. nahmen die Resolution einstimmig an.

**Zinngießer.**

**München.** Eine öffentliche Zinngießerversammlung fand am 14. Juni mit der Tagesordnung: „Bericht über die Zinngießer-Bewegung und eventuell weitere Beschlußfassung“ statt. Ein Kollege wies darauf hin, daß unsere Bewegung durch die Maßregelung eines Kollegen von Seiten des Fabrikanten Löwenstein heraufbeschwoeren wurde und daß sich dieser Abwehrstreik zu einem Angriffstreik entwickelt hat. Es wurden nämlich, nachdem das Feuer einmal unter den Zinngießern brannte, zugleich auch Forderungen gestellt. Z. B.: Eine Erhöhung der Akkordlöhne, die Einführung der 1/2stündigen Mittagspause, Zuschlag von 25 Prozent für Ueberstunden. Auf die Wiedereinstellung des Gemäßregelten wurde verzichtet, nachdem sich ein anderer Fabrikant verpflichtet hat, denselben aufzunehmen. Mit den anderen Forderungen wurde auf Widerstand gestoßen, speziell mit der Einführung der 1/2stündigen Mittagspause, welches Löwenstein mit der Begründung ablehnt, daß dieselbe in keinem Geschäft eingeführt ist. Von Seite der Zinngießerbeihilfen Münchens wurde dann beschlossen, um dem Inhaber der Firma Reinemann die Waffe aus der Hand zu nehmen, eine allgemeine Forderung in sämtlichen Geschäften Münchens aufzustellen und zwar: 1) Einführung der 1/2stündigen Mittagspause; 2) Anfang der Arbeit am Montag um 8 Uhr und Schluß der Arbeit am Samstag um 5 Uhr (ergibt eine wöchentliche Arbeitszeit von 49 Stunden); 3) Zuschlag von 25 Prozent für Ueberstunden. Diese Forderung wurde ohne wesentliche Beanstandung in sämtlichen Geschäften anerkannt. Auch Löwenstein hat dann durch die Vermittlung mit dem Herrn Fabrikinspektor die 1 1/2 Stunden zuerkannt. Bei der selbstverständlichen Forderung: „Wiedereinstellung der Streikenden“ hat der Fabrikant erklärt, daß er nicht mehr sämtliche beschäftigen könne. Er stellte auch von 14 nur mehr 7 Mann ein. Auch die Streikenden konnten sich mit dem zufrieden geben, weil ein Teil schon anderswo untergebracht und die andern Aussicht hatten, feste Stellen zu erhalten. Der Fabrikant glaubte, daß die Leute bittend zu ihm kommen sollten, da hatte er aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Die Versammlung kam auch zu der Ueberzeugung, daß es praktisch ist, den Streik als beendet zu erklären, daß es aber unbedingt notwendig ist, daß die Sperre über München aufrecht erhalten wird. Die Lehre, welche die Zinngießer aus dieser Bewegung gezogen haben, ist nicht zu unterschätzen. Wir haben gesehen, daß Löwenstein mit den präsumptivsten Fabrikantenkreisen arbeitete. Auch die schwarze Liste scheint bei ihm eine Rolle zu spielen. Aber das werden die Arbeiter dem Herrn Fabrikanten mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen, gründlich anschlagen. Denn bei einer Strafe, welche nur mit einigen Hundert Mann zu rechnen hat, ist der Zugang leicht fern zu halten. Was auch Herr Löwenstein erfahren hat, indem es ihm nicht gelungen ist, nur einen Mann von aus-



Wird McKinley halten können, was er versprochen, und uns die „guten Zeiten“ wieder bringen?

Litterarisches.

In freien Stunden, illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk (Berlin, Verlag der Buchhandlung Vorwärts) Preis pro Heft 10 Pf. enthält in Nr. 24 und 25 den Schluss des V. Hugo'schen Romans 1793 und den Anfang einer Erzählung von Robert Schweißel: Aus dem Leben der Enterbten. 1. Florian Geyer's Heldentod. Weiter: Abrechnung (eine novellistische Skizze aus dem rumänischen Bauerleben). — Der Artist (Drama aus dem Zirkusleben). — Dies und Jenes (Zeitschriftliche und kulturhistorische Skizzen). — Wis und Scherz. Mit Heft 27 beginnt ein neues Abonnement und ein neuer Roman: Der Kampf um die Scholle.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieck' Verlag) ist soeben das 37. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Nationalliberale Staatskunst. — Industrie und Finanz. Von Theodor Kappelus. — Zwei politische Programmsymphonien. Von Ed. Bernheim. 1. Eine sozialistische Symphonie. — Die Große Berliner Kunstausstellung. Von Johannes Gaulke. — Literarische Rundschau. — Notizen: Zur Statistik der Selbstmorde. — Feuilleton: Die Brillanten des Kardinals. Erzählung von Mina Kautsky. (Schluß.)

Briefkasten.

Wegen zu später Eintreffens konnten mehrere Berichte keine Aufnahme mehr finden.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

- Arnstadt i. Th. Sonnabend, den 26. Juni, in der „Hofenau“.
Bergedorf. Am 3. Juli bei Gut. Kartellbericht. Die Deferate von Segitz und Peterhaus betr. Arbeitslosenunterstützung. Revisionwahl.
Brandenburg. Montag, 28. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Ch. Winkel, Hauptstr. 34. Vortrag des Herrn Th. Gut.
Braunschweig. (Sektion der Schlosser, Maschinenbauer u. d. B.) Sonnabend, 26. Juni, Abds. halb 9 Uhr, in der „Englischen Krone“, Schützenstr. 42. Vortrag: Referent Gen. Bornmann-Hannover.
Bremerhaven. Sonnabend, 3. Juli, Abends halb 9 Uhr.
Düsseldorf. (Sektion der Feilenhauer.) Samstag, 26. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei G. Kreuer, Zimmermannstraße 38. Abrechnung.
Erlangen. Samstag, 3. Juli. Vortrag. Besprechung des Sommerachtsballes.
Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 26. Juni. Vortrag von Gen. Hoch aus Hanau. Bericht der Agitationskommission und Revisionwahl derselben.
Hamburg. (Sektion der Gelbgießer, Gürtler usw.) Mittwoch, 7. Juli, Abds. halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Kaffeewagenstraße 6-7.
Hannover. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, den 26. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Kutsche.
Harburg. Sonnabend, 26. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Kissenhop 1, Bergstr.
Kalk i. Köln. Samstag, 26. Juni, Abds. 9 Uhr, bei Heutshoven, Hauptstr. 152. Vortrag: Herenaberglaube und Herenprozesse im Mittelalter. Wahl einer Bibliothekskommission. Werbungsangelegenheiten.
Karlsruhe. (Allg.) Samstag, 26. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Kolb, Bortrag.
Karlsruhe. (Sektion der Bauhofscher.) Samstag, 3. Juli, Abds. halb 9 Uhr, in der „Fortuna“. — Die Kollegen werden ersucht, die Fragebogen abzuliefern.
Karlsruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 26. Juni, Abds. halb 9 Uhr, in der „Eiche“, Angartenstr. Diejenigen Kollegen, welche den Ausflug nach Heidelberg mitmachen wollen, werden ersucht, sich in die Liste einzutragen.
Kiel. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 29. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Ahrens, Alte Reiche 8. Aufnahme einer Vorkaufstatistik. Antrag auf Einführung eines Lokalbeitrages.
Königs. Am 3. Juli, im „Preussischen Hof“. Wahl eines Bevollmächtigten. — Die Mitgliedsbücher sind beauftragt mitzubringen.
Kreuztal a. O. Sonnabend, 3. Juli, Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal.
Kürnberg. (Allg.) Samstag, 26. Juni, bei Herzog, Reuthstr. Vortrag des Herrn Dr. Schwaner.
Oberpfalz. Samstag, 3. Juli, im „Mühlen Grunde“. Revisionwahl eines Bevollmächtigten.
Offenbach a. M. Montag, 28. Juni, Abends halb 9 Uhr, in der „Stadt Heidelberg“. Vortrag: Die wichtigsten Bestimmungen der Gewerbeordnung.
Olvenstedt. Sonntag, 27. Juni, Abds. 8 Uhr, bei Schink, Ueber Statutenänderung.
Pforzheim. Samstag, 26. Juni, Abds. 8 Uhr, im „Gold. Saal“. Regelung des Beitragsbezugs. Ausflug. Kartellbericht.
Pforzheim. (Sektion der opt. (Staubsch.) Sonnabend, 26. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Kiehl, Jägerstr. 14.
Pöhlitz. Sonnabend, 26. Juni, in der „Früh Reiterhalle“.
Schwarzenbach a. J. Sonntag, 27. Juni, Nachm. 1 Uhr, Zusammenkunft im Saale des Herrn Martin Reichel (Kreuztal). Gewisse Karl Bader aus Kürnberg wird als Referent antretend sein.
Stuttgart. (Allg.) Samstag, 26. Juni, Abds. 8 Uhr, im „Fisch“, Saal II. Der Streit bei Bergmann & Klein.
Tegel. Sonntag, 1. Juli, Nachm. 2 Uhr, bei Steinweier, Schlossstr. 7-8.

- Wertheim. Samstag, 26. Juni, im „Döfen“. Quartalsabrechnung. Ausflug. Revisionwahl. — Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Brandenburg. Der Schlosser Alfred Burgfeld, B. Nr. 151 353, zuletzt in Spandau, wird hiemit aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Zahlstelle nachzukommen. Joh. Schmidt, Neuenborferstr. 6a.
Düsseldorf. (Sektion der Feilenhauer.) Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer H. Engelbert, Rethelstraße 157.
Eisenberg J. A. Das Verkehrslokal der hiesigen Metallarbeiter ist Busch's Restauration.
Frankfurt a. M. (Allg.) Es werden alle Kollegen von Frankfurt und Umgebung zu unserem am 27. Juni stattfindenden Sommerfest in den Räumen der Kesselweinfabrikerei von Böttler, Hainertweg 37, hierdurch freundlich eingeladen.
Freiburg i. B. Samstag, 26. Juni, Abds. 8 Uhr, bei Schwante.
Grünberg i. Schles. Sonntag, 4. Juli, Ausflug nach Reusatz. Abfahrt Nachm. 1 1/2 Uhr Bahnhof Grünberg.
Karlsruhe. (Allg.) Der Ausflug nach Heidelberg findet nicht am 4., sondern erst am 18. Juli statt. Die Kollegen werden ersucht, sich recht zahlreich in die Listen einzutragen. Auch die Kollegen von Weierheim, Ettlingen und Hagsfeld werden ersucht, sich an demselben zu beteiligen.
Köln a. Rh. Der Klempner Karl Weiß, geb. am 7. März 1855 zu Oitrau, B. Nr. 84 431, wird um Angabe seiner Adresse ersucht.
Mannheim. J. Schulz, Kesselschmied aus Frankenthal wird ersucht, wichtiger Angelegenheiten halber seine Adresse an den Bevollm. Schneider, hier, gelangen zu lassen.
Mittweida. Ausflug nach der Saunhainer Mühle und Ringethal am Sonntag, 27. Juli, Nachm. 2 Uhr, Zusammenkunft in Kohl's Restaurant.
Nürnberg. (Allg.) Wegen Anlegung eines neuen Mitgliedsverzeichnis ist es notwendig, die Mitgliedsbücher einzuziehen. Sämtliche Kollegen werden ersucht, dieselben an den Eintaffierer abzugeben.
Nürnberg. (Sektion der Formner.) Diejenigen, welchen der jetzige Aufenthalt des Formners Georg Gilgert bekannt ist, werden gebeten, uns hierüber Mitteilung zu machen.
Offenbach a. M. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Ernst Wintersteig, Ludwigstr. 15, IV.
Weimar. Der Schlosser Aug. Baurforth, Buch Nr. 166 797, eingetretten in Weimar, wird ersucht, seine Adresse beauftragt Geldempfang anzugeben.
Gestorben.
Am 11. Juni in Furtwangen der Uhrmacher Franz Brusek, 20 Jahre alt, an der Proletarietkrankheit. — Am 18. Juni in Nürnberg der Metallschläger Rich. Schwalbe, 22 1/2 Jahre alt, an der Proletarietkrankheit. — Am 14. Juni in Begeja der Metalldreher Martin Brünjes, 27 Jahre alt, an der Proletarietkrankheit.
Öffentliche Versammlungen.
Jugaburg. Samstag, 3. Juli, öffentliche Metallarbeiterversammlung im „Blauen Boot“.
Coburg. Sonnabend, 3. Juli, Abds. halb 9 Uhr, in der „Reichshalle“, öffentliche Metallarbeiterversammlung. Die Bedeutung der Organisation für die Arbeiter im Kleinhandwerk. Referent Kollege Martin Segitz, Arbeitersekretär in Nürnberg.
Eisenberg J. A. Sonnabend, 26. Juni, Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung in Busch's Restauration. Die moderne Arbeiterbewegung und die Arbeitslosenversicherung. Referent: Kollege Leber aus Jena.
Zwickau. Mittwoch, 30. Juni, Abds. 8 Uhr, im Restaurant „Belvedere“ öffentliche Metallarbeiterversammlung. Wahl eines Bevollmächtigten.
Privat-Anzeigen.
200 tüchtige Dreher und Schlosser erhalten i. neuerrichteten Fabrikräumen thnende, dauernde und angenehme Beschäftigung. Solche, welche in der Berechnung d. Herstellung von Meißel u. Support b. konischen Arbeiten, sowie im Gewindefschneiden perfekt, bevorzugt. Anfangslohn 35-40 J u. n. 1/2jähr. Probezeit Reisevergütung.
Seit Offerten spätestens bis 1. August unter G. f. 36 575 befördert Rudolf Woffe, Magdeburg. [224]
8-10 tüchtige Feilenhauer auf Schlacht- und Bastardfeilen, große und Mittelforten, werden zu sofortigem Eintritt bei gutem Verdienst und dauernder Stellung gesucht. Werkzeug wird gefast.
Heinz & Werthorn, Feilenfabrik, Weierheim i. Baden.
[226]
Suche sofort einen jungen Feilenhauer auf Afford oder Sofa.
Aug. Lorenz, Feilenhauer, Sreunburg, Bahnhof, Mühlenweg 56.
[227]
Ein tüchtiger Feilenhauer (womöglich verheiratet) kann dauernd Arbeit erhalten.
Robert Schanze, Feilenhauermeister, Pirna a. d. Elbe.
[228]
Tüchtige Schloßschmiede, aber nur solche, sowie einige Formner, nur selbstständige Arbeiter, finden lohnende und dauernde Beschäftigung.
H. Heidewitz & Co., Eisengießerei, Halle a. S., Delitzscherstraße.
[229]
Ein tüchtiger Feilenhauer erhält sof. dauernde Arbeit.
Herr. Girbaum, Grimma i. S.
[221]

Ein Werkmeister ersten Ranges,

welcher sich eine sichere Existenz gründen will, wird bei hohem Lohn sofort für eine der bedeutendsten Feilenfabriken Süddeutschlands gesucht.
Nur Bewerber, welche die Feilenfabrikation durch und durch verstehen und bereits einen solchen Posten bekleidet haben, finden Berücksichtigung. Schriftliche Offerte unter Angabe der Gehaltsansprüche und Beifügen von Zeugnisabschriften sind zu adressieren sub G. D. E. 15 an die Exped. ds. Bl. [218]

Ein tüchtiger Feilenhauergeselle auf sofort gesucht von Herrn. Hüster, Feilenhauermeister, Reheim a. d. Ruhr, Westf. [222]

3 Metalldreher!

3 Metalldreher werden gesucht. Entlohnende Arbeit. Reisekosten werden vergütet.
Oskar Jungmann, Schleich i. Thür., Fabrik für Gas- und Wasserleitungsgegenstände.
Tüchtige Klempner gegen hohen Lohn gesucht. Solche, die schon auf Ornamente gearbeitet, erhalten Vorzug.
Euler & Görries, Hagen i. W. Nemburgstr. [216]

Ein tüchtiger Schmied

zum sofortigen Eintritt auf dauernde und lohnende Stellung gesucht von August Steinbach, Kinderwagenfabrik, Kitzliß b. Böbau i. S. [215]

Ein tüchtiger Feilenhauer, auf große und Schlacht, findet dauernde Stellung bei hohem Verdienst in Durlach bei Wihl. Söcher, Feilenhauer. [231]

Einen geübten Metallformer suchen für dauernde Beschäftigung Wappler & Richter, Grimmitzdau. [232]

Mehrere tüchtige, selbstständige Ornamentenspängler werden für sofort gesucht und finden je nach Leistung dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn.
Lorenz Sporer, Ornamenten-Fabrik, München, Maistraße. [233]

Feilenhauergeschäft zu kaufen gesucht. Offerte unter Julius Kroske, Hufstr. 7, Coburg. [225]

Günstige Gelegenheit.

Zu verkaufen billig, anderweitiger Unternehmung wegen, guten Gewinn versprechendes Patent auf Seideldeckel u. Metallschilde nebst dazu gehöriger Einrichtung.
Anfragen an Schmann & Voh, Hamburg. [217]

Zum prakt. Gebrauch für Schlosser u. Dreher, Vereins- u. Privatbibliotheken sowie Krankenkassen:

Prakt. Berechnungen der Verfertigung von Support und Meißel zur schnellen Aufsertigung konischer Arbeiten auf der Drehbank und Habelmaschine. 53 Abb. 1 Tabelle. M 1,30. — Messingstäbe zum Abmessen des Supportumdrückungsmasses M —,50. Diese Stäbchen können in die genaue Rundung der Supportflanschen gebogen werden und sind auch zu anderen Abmessungen prakt. zu verwenden. — Prakt. Selbstunterricht im Berechnen der Wechsellräder beim Gewindefschneiden. 40 Abb., 36 Tab., II. Aufl. M 1,35. — Räderkalkül für Whitworth- u. Gasgewinde zum Werkstattgebrauch. M —,15. — Vortrag über Gewindefberechnung M —,30. — Spitze Gewindeflehre für 70, 60, 55 u. 45°. M —,80. — Hektographenblätter zur Vervielfältigung von Hand- u. Einladezetteln zu Versammlungen u. dergl. äußerst brauchbar und zweifach zu verwenden. Billiger Ersatz für theuere Kästen. 4 Stk. 28x23 cm M 2,50, 36x23 cm M 3. — Hektographentinte: Schwarz M 1,35, Violett, Blau, Roth u. Grün M 1. — Dauerfeuerpeliksen in Schwarz, Blau, Roth, Grün u. Violett für Gummi und Metallstempel gebrauchsfähig. 16x9 cm M 1,50, 11x7 cm M 1, 9x5 cm M —,75. — Unverwahrte Tinten in allen Farben M —,65.

Besonders empfehle noch elektrodynamische und fady-wissenschaftliche Werke zur Anschaffung u. stelle Kataloge kostenfrei zur Verfügung. Prospekte auf obige Artikel stehen stets zu Diensten.

Preise verstehen sich gegen Einzahlung des Betrages od. Nachnahme. Bei Partiebezug Preisermäßigung. Um gütige Berücksichtigung bittet

Aug. Loss,

253] Siebighausen-Gasse u. F.

Stomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit farbiger Eisenbahn- und Wegekarte von Deutschland u. angrenzenden Ländern. 356 Seiten Text in Leinen geb. Preis M 1,60. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einzahlung von M 1,80 auch in Briefmarken. [150]

G. Stomke's Verlag, Meiesfeld.

Zur Verlage von Joh. Schrib, Leipzig-Lindenau, GutsMuth'sche 50 (Kommissionsverlag der „Leipziger Volkszeitung“, G. Heinich), ist in Broschürenform (74 Seiten stark) erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie vom Verleger zu beziehen:

Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in der Metallindustrie Leipzigs und Umgebung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Winterhalbjahr 1896/97. Preis 20 J.